



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Ernährung
und Landwirtschaft

Wortprotokoll der 34. Sitzung

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Berlin, den 17. April 2023, 14:00 Uhr

Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: 4 900

Vorsitz: Hermann Färber, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

zu:

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Nahrungsmittelversorgung sicherstellen - Selbstversorgungsgrad in Deutschland und Europa erhalten

BT-Drucksache 20/5215

Federführend:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Mitberatend:

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz,

nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Ausschuss für Bildung, Forschung

und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten

der Europäischen Union

Berichterstatter/in:

Abg. Sylvia Lehmann [SPD]

Abg. Albert Stegemann [CDU/CSU]

Abg. Karl Bär [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]

Abg. Frank Rinck [AfD]

Abg. Ina Latendorf [DIE LINKE.]



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Hagl-Kehl, Rita Lehmann, Sylvia	
CDU/CSU	Auernhammer, Artur Damerow, Astrid Färber, Hermann Stier, Dieter Thies, Hans-Jürgen	Engelhard, Alexander
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Bär, Karl Mayer, Zoe	
FDP	Bodtke, Ingo	
AfD	Protschka, Stephan Schattner, Bernd	
DIE LINKE.	Latendorf, Ina	



Hinweise:

Da im Anhörungssaal nur eine beschränkte Anzahl von Besucherplätzen bereitsteht, werden interne und externe Besucher/innen gebeten, sich im Sekretariat des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft bis spätestens 14. April 2023, 12:00 Uhr, per E-Mail an el-ausschuss@bundestag.de anzumelden.

Externe Besucher/innen werden gebeten, ihr Geburtsdatum anzugeben. Die Geburtsdaten werden vom Polizeilichen Informationssystem (INPOL) überprüft und ausschließlich für die Einlasskontrolle verwendet. Nach Beendigung des Besuchs werden die Daten gelöscht.

Die Anhörung wird per Livestream im Parlamentsfernsehen übertragen und ab 18. April 2023, ca. 14:00 Uhr, in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar sein.

Die an der Anhörung teilnehmenden Sachverständigen haben die Möglichkeit, sich digital zu dieser öffentlichen Sitzung zuschalten zu lassen.

Hermann Färber, MdB
Vorsitzender



Liste der Sachverständigen
Öffentliche Anhörung am **Montag, dem 17. April 2023,**
14:00 bis 16:00 Uhr

Stand: 30. März 2023

Einzelsachverständige:

Bösel, Benedikt

Fuchs, Dr. Richard

Henning, Prof. Dr. Christian

Pezda, Kerstin

Strohschneider, Prof. Dr. Peter

eingeladen auf Vorschlag
der Fraktion:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

CDU/CSU

CDU/CSU

AfD

SPD

Interessenvertretungen und Institutionen:

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e. V.

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V.

Zentralverband Gartenbau e. V.

eingeladen auf Vorschlag
der Fraktion:

SPD

FDP

DIE LINKE.



Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel "Nahrungsmittelversorgung sicherstellen - Selbstversorgungsgrad in Deutschland und Europa erhalten" auf der Bundestagsdrucksache (BT-Drs.) 20/5215 begrüße ich Sie alle ganz herzlich. Die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sind Auslöser für die damit einhergehenden Marktverwerfungen, Preisentwicklungen auf den Energiemärkten sowie Einschränkungen in den Lieferketten. Nach Ansicht der Fraktion der CDU/CSU verdeutlichen diese, dass der *Green Deal* der Europäischen Union (EU) und die darin enthaltenen einzelnen Strategien und Konzeptionen insbesondere in den Bereichen Ernährung und Landwirtschaft an die neue Lage und Bedrohung angepasst werden müssen. Der *Green Deal* der EU hat zum Ziel, den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft, die insbesondere bis zum Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgase mehr ausstoßen soll. Bei diesem Übergang sollen betroffene Menschen und Regionen unterstützt werden. Durch diese Anpassung soll auch künftig ein hoher Selbstversorgungsgrad bei landwirtschaftlichen Produkten in Deutschland und Europa gewährleistet werden können. Nach der Ansicht der Antragsteller ist zu beraten, ob und wie die Fragen der Ernährungs- und Versorgungssicherheit sowie zur Resilienz der Ernährungssysteme in der praktischen Landwirtschaft bei der Erreichung der Ziele des *Green Deal* besser berücksichtigt werden können. Es stellen sich dabei grundsätzliche Fragen: Sollten pauschale Zielvorgaben, beispielsweise bei der Reduktion, bei Düngung oder beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln aufgegeben und diese Reduktionsziele stattdessen auf einer wissenschaftlichen Grundlage, verbunden mit einer umfassenden Folgenabschätzung für die Ernährungs- und Versorgungssicherheit bedarfsgerecht, effizient und an technischen Lösungen orientiert, neu definiert werden? Könnte der Umbau der Nutztierhaltung auf Grundlage der Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung einen wichtigen Beitrag für den Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz leisten und gleichzeitig den Tierhaltern und Landwirten Werkzeuge an die Hand geben, um einen hohen Selbstversorgungsgrad mit landwirtschaftlichen

Produkten auch weiterhin sicherstellen zu können? Welchen Beitrag kann die Schaffung eines innovationsfreundlichen europäischen Rechtsrahmens für neue Züchtungsmethoden in der modernen Gentechnik für den Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz sowie zum Schutz der Biodiversität leisten? Welches Potenzial zum Erhalt eines möglichst hohen Selbstverfügungsgrades bei Nahrungsmitteln sehen die eingeladenen Sachverständigen, wenn die Nahrungsmittelerzeugung im Rahmen der Nationalen Wasserstrategie höher priorisiert sowie das betriebliche Risikomanagement landwirtschaftlicher Unternehmen deutlicher gestärkt würde? Daher hat der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft in seiner Sitzung am 15. März 2023 einstimmig entschieden, zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel "Nahrungsmittelversorgung sicherstellen - Selbstversorgungsgrad in Deutschland und Europa erhalten" (beschlossen) eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Wir möchten heute mit acht von den Fraktionen benannten Sachverständigen über diesen Antrag der Fraktion der CDU/CSU sprechen. Diese Anhörung wird in Präsenz durchgeführt. Den eingeladenen Sachverständigen, denen eine persönliche Anwesenheit in der Sitzung nicht möglich ist, wurde die Möglichkeit der digitalen Zuschaltung in Form des Webex-Videoformates angeboten. Von dieser Möglichkeit hat kein Sachverständiger Gebrauch gemacht. Ich darf nun zunächst die Sachverständigen begrüßen, die für die heutige öffentliche Anhörung eingeladen worden sind. Als Einzelsachverständige begrüße ich Herrn Benedikt Bösel, Landwirt und Geschäftsführer der Finck Stiftung GmbH, Herrn Dr. Richard Fuchs, Abteilung Landnutzungsänderung und Klima am Karlsruher Institut für Technologie, KIT Campus Alpin, Herrn Prof. Dr. Christian Henning, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Lehrstuhl Agrarpolitik, Frau Kerstin Pezda, Geschäftsführerin der Agro Vermögensverwaltung GmbH Massen, Herrn Prof. Dr. Peter Strohschneider, Vorsitzender der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Von Interessensvertretungen und Institutionen begrüße ich für den Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e. V. (BÖLW), den Geschäftsführenden Vorstand Herrn Peter Röhrig, für die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE) den Hauptgeschäftsführer Herrn Christoph Minhoff und für



den Zentralverband Gartenbau e. V. (ZVG) den Vorsitzenden der Bundesfachgruppe Gemüsebau im Zentralverband Herrn Christian Ufen. Den eingeladenen Sachverständigen wurde die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU ermöglicht. In diesem Zusammenhang wurden die Sachverständigen darüber informiert, dass sie im Vorfeld ihrer mündlichen oder schriftlichen Stellungnahme etwaige finanzielle Interessensverknüpfungen im Bezug auf Gegenstand der Beratungen offenzulegen haben. Sieben Sachverständige haben von der Möglichkeit der Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme Gebrauch gemacht und einer Veröffentlichung jeweils zugestimmt. Diese Stellungnahmen sind auf der Internetpräsenz des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft als Ausschussdrucksa-chen 20(10)66-A bis 20(10)66-G veröffentlicht worden. Zum Verfahren haben wir vereinbart, dass die eingeladenen Sachverständigen nach dieser Begrüßung jeweils Gelegenheit für ein Eingangsstatement von bis zu drei Minuten erhalten, bevor wir in zwei Frage- und-Antwortrunden der Abgeordneten zu jeweils 45 Minuten einsteigen. Dabei verteilen sich die Frage- und Antwortzeiten auf die Fraktionen pro Runde wie folgt: SPD 13 Minuten, CDU/CSU 12 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieben Minuten, FDP sechs Minuten, AfD fünf Minuten, DIE LINKE. zwei Minuten. Ich bitte die Fragesteller, den oder die Namen der befragten Sachverständigen zu nennen, an den die Frage gerichtet ist. Bitte achten Sie darauf, dass die den Fraktionen zustehenden Zeiten für Frage und Antwort eingehalten werden. Sollte Frage- und Antwortzeit einer Fraktion in der ersten Runde überzogen werden, wird dieser Fraktion die zu viel in Anspruch genommene Zeit (in) der zweiten Runde abgezogen werden. Über die öffentliche Anhörung wird ein Wortprotokoll erstellt werden. Damit für dieses Protokoll eine eindeutige Zuordnung der Redner/innen möglich ist, bitte ich die Sachverständigen auf die ihnen jeweils gestellte Frage erst nach meiner Worterteilung zu antworten, die Mikrofone vor jedem Redebeitrag einzuschalten und danach bitte wieder auszuschalten. Für die physische Teilnahme externer Besucherinnen und Besucher sowie Pressevertreter war, da im Sitzungssaal PLH 4 900 nur eine begrenzte Anzahl von Sitzplätzen zur Verfügung steht, eine vorherige schriftliche Anmeldung per E-Mail erforderlich. Wenn kein Wider-

spruch zum Verfahren zu erkennen ist, starten wir jetzt mit dem Eingangsstatement der acht Sachverständigen. Dazu erteile ich Herrn Bösel das Wort. Herr Bösel bitte schön.

Benedikt Bösel: Vielen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren, die Ausrichtung der deutschen Agrarpolitik, für den Weltmarkt produzieren zu wollen, das Ziel, möglichst viel Masse zu möglichst geringen Preisen herstellen zu können, unangemessene und unprofitable Vergütung für die Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft, die fälschliche Annahme, dass ein gesunder Boden und eine intakte Biodiversität unendlich verfügbare Produktionsfaktoren sind und dass Wasser und Energie günstig sind, die Trennung bzw. Separation von Land-, Forst- und Viehwirtschaft, der insgesamt verlorene Bezug zu intakten Ökosystemen und der Bedeutung eines gesunden Bodens und der Glaube, dass Technologie alleine die Lösung ist, haben dazu geführt, dass Landwirt/innen aufgrund gestiegener Abhängigkeit nicht auf gesellschaftliche oder klimabedingte Anforderungen reagieren können, die Gesundheit unserer Böden, unserer Ökosysteme und die Biodiversität sich weiter verschlechtern, die Resilienz unseres heutigen Ernährungssystems bei weitem den zukünftigen Anforderungen durch Klimawandel, Biodiversitätsrisiken, Bodendegradation nicht gewachsen sind, junge Menschen keinen Zugang zur Landwirtschaft haben, die Gesellschaft sich immer weiter von der Landwirtschaft abwendet und die Landwirtschaft allein in Deutschland ca. 90 Milliarden (Mrd.) Ökosozialkosten pro Jahr produziert. Wenn wir es ernst meinen mit der Zukunft der deutschen Landwirtschaft und mit der Zukunft unserer Bäuerinnen und Bauern und wenn wir unsere Ökosysteme schützen und tatsächlich Verantwortung übernehmen wollen, dann ist die Bewahrung des status quo das genaue Gegenteil von dem, was wir jetzt brauchen. Was wir brauchen, sind profitable, regenerative Landnutzungsformen, die über die Nutzung die Böden gesunden, die Biodiversität aufbauen, die Nährstoffkreisläufe schließen, Tiere wie Mitgeschöpfe behandeln und es ermöglichen, faire Vergütung für gute Arbeit zu zahlen, während nährstoffreiche Lebensmittel produziert werden. Das erreichen wir durch die Aufnahme der ökologischen und sozialen Leistungen in die Betriebskostenrechnung, die Vergütung sozialer und ökologischer Leistungen, Veränderungen der Ausbildung



und Bildung mit Fokus auf ganzheitliche, regenerative Produktionssysteme, einen Kapitalmarkt, der bei der Transformation hin zu einem regenerativen Landwirtschaftssystem beiträgt, den Aufbau der Unabhängigkeit landwirtschaftlicher Betriebe unter anderem (u. a.) durch die Schließung der regionalen und betrieblichen Nährstoffkreisläufe, dezentrale Wertschöpfungsketten mit gesteigerter Wertschöpfung auf den Betrieben und Stärkung der lokalen Märkte, unabhängige Forschung für Methoden der regenerativen Landwirtschaft sowie den Zugang zu Land für junge Bäuerinnen und Bauern. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Dr. Fuchs bitte schön. Sie haben das Wort.

Dr. Richard Fuchs: Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses. Ich möchte mich zunächst erstmal bedanken, dass Sie mich eingeladen haben und dass ich heute hier die Möglichkeit habe, vor Ihnen zu sprechen. Ich möchte damit anfangen, dass wir in Europa insgesamt eigentlich erstmal in einer relativ komfortablen Situation sind, dass wir einen hohen Selbstversorgungsgrad genießen und dass die Nahrungsmittelproduktion relativ sicher ist. Das haben wir insbesondere dem europäischen Binnenmarkt zu verdanken und auch der europäischen Agrarpolitik, dass wir viele Sachen, Ausfälle innerhalb der EU ausgleichen können. Allerdings ist es so, dass wir insgesamt ein Fünftel unserer Agrargüter, die wir innerhalb der EU-Grenzen verkonsumieren, durch EU-externe Partner importieren. Das sind ungefähr 120 Millionen (Mio.) Tonnen (t) pro Jahr. Rund die Hälfte dieser Importe sind Ölsaaten, die häufig aus dem globalen Süden importiert werden. Dort steht es um die Nachhaltigkeitskriterien, wie wir sie in der EU haben, nicht so gut. Häufig stehen sie im direkten Zusammenhang mit Artenschwund und tropischer Entwaldung. Um Ihnen eine Hausnummer zu geben: wir haben seit 1990 in etwa die Fläche Griechenlands in Europa wieder aufgeforstet. Im gleichen Atemzug haben wir dieselbe Fläche in den globalen Süden verlagert für den Konsum in Europa, was zu tropischer Entwaldung geführt hat. D. h., es läuft irgendwie auf ein Nullsummenspiel raus und das gilt es zu vermeiden. Wir haben die Unterwanderung der Produktionsstandards unserer

Bäuerinnen und Bauern hier in Europa; und das gilt es zu vermeiden. Ich möchte daher dafür plädieren, dass wir eine nachhaltige Intensivierung in Europa anstreben, d. h. nicht notwendigerweise mehr Pestizide und Düngemittel, sondern wahrscheinlich mehr Agrarflächen wieder in Benutzung nehmen, intensiver und effizienter, das haben Sie schon erwähnt, vorangehen in der Produktion und dass wir technologieoffen und innovationsfreundlicher für neue Produktionsmethoden sind. Ich denke hier insbesondere an die CRISPR/Cas-Genschere oder auch an *Indoor*-Produktionsmethoden wie z. B. *Vertical Farming*. Und aus meiner Sicht wäre es besser, weniger *back to the roots*, mehr *back to the future*. Danke.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und der Nächste in der Runde ist Herr Prof. Dr. Henning, bitte schön. Bitte das Mikrofon einschalten und ein bisschen näher ziehen. Ja, danke schön.

Prof. Dr. Christian Henning: Ich hoffe, das geht nicht von meinen drei Minuten ab.

Der **Vorsitzende**: Versuchen Sie es mal mit dem nebenstehenden Mikro(fon).

Prof. Dr. Christian Henning: Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete. Zunächst möchte ich mich auch für die Einladung, heute als Experte eine Stellungnahme abgeben zu können, herzlich bedanken. Auf der Grundlage einer umfangreichen wissenschaftlichen Studie zur Umsetzung der *Farm to Fork*-Strategie komme ich zu den folgenden Einschätzungen: Erstens, eine effiziente Umsetzung der *Green Deal*-Ziele in der Landwirtschaft stellt eine potenzielle *Win-Win*-Situation für alle gesellschaftlichen Gruppen dar, die Nettogewinne in der Größenordnung von rund 1 500 Euro pro Hektar (ha) erzielen können. Allerdings zeigt die Studie auch, dass die Ausschöpfung des *Green Deal*-Potential von der konkreten agrarpolitischen Umsetzung abhängen und eine enorme Herausforderung für die europäische Agrarpolitik darstellt. So würde die Umsetzung der *Farm to Fork*-Strategie in der Form der „Europäischen Kommission“ (im Folgenden: Kommission) nur rund ein Drittel der potenziellen Nettogewinne realisieren. Wichtig ist, dass



die Politik Anreize für Unternehmer und Verbraucher setzt, gesellschaftlich gewünschte Ökosystemleistung zu produzieren und unternehmerische Innovationskraft freisetzt, effiziente Technologien dynamisch zu entwickeln. Geeignete technische Ansatzstellen sind für den Klimaschutz z. B. die Treibhausgasemissionen, für die Stickstoffbelastung die betriebliche Brutto-Stickstoffbilanz. Eine bürokratische Vorgabe spezieller Technologien, wie die Förderung des Ökolandbaus, ist eine ineffiziente und wenig effektive Ansatzstelle, da diese unternehmerische Anreize blockiert bzw. falsch setzt. In unserer Studie ergeben sich z. B. für die individuelle *Farm to Fork*-Maßnahme „25 Prozent Ökolandbau“ Treibhausgasreduktion von unter fünf Prozent. Und auch Stickstoffüberschüsse werden nur um rund acht Prozent abgesenkt. Wichtig ist auch, eine faire gesellschaftliche Kosten-Nutzen-Verteilung zu generieren, die alle Gruppen, Landwirte und Verbraucher, mitnimmt und somit eine positive Aufbruchstimmung für eine nachhaltige Landnutzung in Europa und in Deutschland erzeugt. Ideologische Grabenkämpfe um Anpassungskosten und Ökosystemleistung spezieller Anbauverfahren behindern eine schnelle und effektive Umsetzung. Wir brauchen agrarpolitische Systeme, die dynamisch tatsächliche Anpassungskosten und Ökosystemleistungen offenbaren und die Entwicklung innovativer nachhaltiger Landnutzungsverfahren fördern. Neben klassischen ablaufpolitischen Maßnahmen sind spezielle Umweltförderprogramme im Rahmen der *Eco-Schemes* sicherlich potentielle Implementationsmechanismen. Darüber hinaus erscheint uns aber insbesondere handelbare Umweltzertifikate, wie man sie z. B. beim *Emissions Trading System* (EU-ETS-System) schon für CO₂-Emissionen im industriellen Sektor einsetzt, vielversprechende Steuerungsmechanismen zu sein. U. a. erlauben diese auch eine flexible Verteilung der Anpassungskosten durch entsprechende Aufteilung der Umweltzertifikate zwischen Landwirten und Verbrauchern. Umweltzertifikate könnten neben der Regulierung der Treibhausgase auch zur Steuerung von Stickstoffbilanzen in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Im Gegensatz zu Treibhausgaszertifikaten muss der Handel von Stickstoffzertifikaten allerdings regional begrenzt werden, um eine effektive Entlastung der jeweiligen regionalen Grund- und Fließgewässer zu ge-

währleisten. Zur Förderung der Biodiversität erscheinen Umweltzertifikate, die an ökologische Vorrangflächen in verbundenen Gebietskulissen ...

Der **Vorsitzende**: Bitte auf die Zeit ein bisschen achten.

Prof. Dr. Christian Henning: ... eine sinnvolle Ansatzstelle zu sein. *Leakage*-Effekte sind nach unserer Studie grundsätzlich nicht zu vermeiden, würden aber nur temporär auftreten, weil sie eben durch die Förderung von innovativen Verfahren in einer Größenordnung von fünf bis sieben Jahren sozusagen aufgeholt werden und abgegeben werden. Als letzter Satz, wenn ich darf: mögliche innovative handelspolitische Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung bei unsicheren globalen Märkten sind strategische, multi- und bilaterale Handelsabkommen wie zum Beispiel (z. B.) *Climate* oder *Food Clubs*. Vielen Dank. Entschuldigung.

Der **Vorsitzende**: Ja, vielen Dank, Sie haben nachher alle auch noch die Möglichkeit, im Rahmen der Fragerunden auf die einzelnen Themen einzugehen. Es ist einfach nicht zu schaffen, dass man alles gleich in den Eingangsstatements behandelt. Aber jetzt machen wir weiter in der Runde mit Frau Pezda, bitte schön.

Kerstin Pezda: Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Vielen Dank, dass ich heute und hier zum Thema Sicherstellung der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln in Deutschland aus der Praxis beitragen darf. Mein Name ist Kerstin Pezda, ich bin Bauernkind, und ich bin studierte Diplom-Betriebswirtin. Ich möchte jetzt ein bisschen was zu dem erzählen, was wir tun draußen. Ich bin Geschäftsführerin und Vorstandsmitglied in zwei größeren Agrarbetrieben im schönen Südosten Brandenburgs. Mit meinen ca. 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der ländlichen Region und mit Migrationshintergrund bewirtschaften wir fast 4 000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Allein 1 200 ha werden zum Anbau von Brotgetreidesorten Roggen, Weizen herangezogen, welche dann über den Landhandel in die Nahrungsmittelproduktion übergehen. Unser Kerngeschäft liegt jedoch in der Milchproduktion. Mit unseren



ca. 1 000 Milchkühen liefern wir jährlich etwa 11 Mio. Liter (l) qualitätsgeprüfte, jährlich zertifizierte und kontrollierte Rohmilch an eine vertragsgebundene Molkerei. Unsere ca. 180 Stück starke Mutterküheherde weidet ganzjährig auf etwa 200 ha Grünlandfläche mit geringen Erträgen sowie unseren Flächen im Naturschutzgebiet und tragen somit zum Erhalt von Kleinstlebewesen, seltenen Tierarten sowie zur Unterstützung der Bodenfruchtbarkeit bei. Die Absetzer der Mutterkuhhaltung sowie unsere etwa 960 Mastschweine pro Jahr gehen einmal so quer über den Hof durch unsere hochqualitative Fleischerei mit eigener Schlachtung, Verarbeitung und Veredelung. Dieser Betriebszweig vermarktet über eine Hauptgeschäftsstelle drei Verkaufswagen, einen Hofladen und einen Imbiss, wöchentlich frisch sogar 18 Schweine und einem Rind in einem Umkreis von fast 70 Kilometern (km). Durch die Verwertung im Imbiss schließt sich die Wertschöpfungskette und damit sind wir auch in einer echten Nachhaltigkeit mit dem Unternehmen, haben wir uns gefunden. Unsere Tiere werden alle auf Stroh gehalten und können in Ausläufen Frischluft und auch Sonne nach Belieben genießen. Mit unserer 15 000 Stück-Gänsemast im Jahr tragen wir ebenfalls zum Erhalt der traditionellen Weihnachtsgans und somit zur Nahrungsmittelversorgung bei. Unsere Betriebe runden ihre gesellschaftlichen Verpflichtungen mit einer Pferdepension, einer Lokalität für Feierlichkeiten, und in Bezug auf die Zukunftssicherung der Betriebe, mit Lehrtagen für Schulklassen ab. Alles in allem ein schönes, abgerundetes, durchdachtes System. Um jetzt die Überleitung zum Antrag der „Union“ zu bekommen, sind mir folgende Punkte im Antrag wichtig: Als praktische Landwirtin sind die Themen Düngung, Pflanzenschutz, Biodiversität, Fruchtfolgen sowie ländliche Tierhaltung existenzielle Faktoren für eine ökonomisch und nachhaltige Landwirtschaft. Dabei ist anzumerken, dass in unseren Betrieben jegliche Maßnahmen von beispielsweise Pflanzenschutz und Düngung genau dokumentiert werden müssen und auch werden, denn nur mit einer angepassten Pflanzenernährung ist es in Deutschland möglich, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel nachhaltig zu produzieren und den Selbstversorgungsgrad sicherzustellen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und wir fahren fort in der Runde. Das Wort hat Prof. Dr. Strohschneider. Bitte schön.

Prof. Dr. Peter Strohschneider: Ja, besten Dank. Herr Färber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Vorsitzender. Der *European Green Deal* inklusive der *Farm to Fork*-Strategie gehört auch zu den im Mandat für die ZKL formulierten sozusagen normativen Vorgaben. Und die ZKL hat sich in diesem Rahmen auch bewegt. Sie hat dabei zwei entscheidende Prämissen verfolgt. Die erste ist die, dass eine unveränderte Fortführung des heutigen Agrar- und Ernährungssystems aus ökologischen und tierethischen wie aus ökonomischen Gründen ausscheidet. Die zweite ist, dass eine solche Ökologisierung einer ökonomisch ertragsstarken Landwirtschaft dann gelingen kann, wenn die Nachhaltigkeitsziele, auf die sich die Vereinten Nationen (VN), die Bundesrepublik usw. ja auch völkerrechtlich verpflichtet haben, (wenn diese Nachhaltigkeitsziele) gleichrangig beachtet werden, d. h. dass ökonomische, ökologische und soziale Aspekte nicht gegeneinander ausgespielt oder gegeneinander priorisiert werden dürfen. (Aus) Diesem Grundprinzip der ZKL heißt das folgend (ist zu folgern), dass die ökologische und die tierethische Verantwortbarkeit der Landwirtschaft am effektivsten und am dauerhaftesten zu verbessern ist, wenn die Vermeidung der derzeitigen beträchtlichen volkswirtschaftlichen, ökologischen und so weiter (usw.) Kosten („wenn diese Vermeidung der Kosten) in betriebswirtschaftlichen Nutzen überführt wird. Das ist sozusagen das Prinzip dieses Entwurfs (des Berichts). Das Agrar- und Ernährungssystem müsste dann also, dem Vorschlag der ZKL folgend, so umgebaut werden, dass die Steigerung der positiven Wirkungen und die Vermeidung schädigender Effekte auf Klima, Umwelt, Biodiversität, Tierwohl und menschliche Gesundheit, dass beides, die Steigerung der positiven wie die Vermeidung der negativen Effekte, im unternehmerischen Interesse der landwirtschaftlichen Produzierenden selber liegen könnte. Wenn ich das jetzt sozusagen mit so (einmal in) einer agrarwissenschaftlichen Terminologie beschreiben darf, dann würde ich sagen, die ZKL verfolgt einen multifunktionalistischen Ansatz, d. h. Agrarproduktion ist mehr als Lebensmittel-, Futtermittel- und Energieproduktion. Sie ist nicht nur die Produktion marktfähiger Güter, sondern sie ist zugleich die Produktion nicht marktfähiger *Commons*, wie CO₂-Senken, Biodiversität usw.. Und dies geht gewissermaßen (der ZKL) zufolge in (durch) ein Vermarktlichungs-Paradigma in (der



ZKL durch) die ganze Breite des Systems. Dass das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, ist klar. Und es ist, glaube ich, ebenso klar, dass (es) ist jedenfalls die Überzeugung der ZKL, dass diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe von der Gesellschaft nur übernommen wird, wenn die finanzielle Förderung der Agrartätigkeit durch die öffentliche Hand (, wenn die) der zielgenauen Finanzierung solcher öffentlichen Güter dient. Staatliche Förderung und Regulatorik werden dabei von uns sozusagen als funktionsäquivalente Mittel aufgefasst. D. h., wenn ich an der einen Stelle drehe, muss (s)ich an anderen Stellen auch drehen, um zeigen zu können, dass ich die Balance der Ziele und das Transformationsziel insgesamt nach wie vor erreichen kann. Ich wollte mit diesen wenigen Stichworten nur (vor allem) sagen, dass die Empfehlungen der ZKL systematisch angelegt sind, nicht sozusagen kasuistisch. Und diese systematische Anlage war einerseits die Bedingung dafür, dass die Empfehlungen von allen Mitgliedern der ZKL einstimmig verabschiedet werden konnten. Und sie sind andererseits, würde ich sagen, so stabil, dass auch die gesellschaftlichen, die globalen und die militärischen Entwicklungen ...

Der Vorsitzende: Bitte auf die Zeit achten.

Prof. Dr. Peter Strohschneider: ... des letzten Jahres nicht dazu veranlassen, Korrekturen an diesem systematischen Zusammenhang vornehmen zu müssen. Danke schön.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und wir fahren fort in der Runde mit dem BÖLW, Herrn Röhrig. Bitte schön.

Peter Röhrig (BÖLW): Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen War vielleicht doch der nebenan (*zeigt auf das Mikrofon neben sich*). Alles klar. Danke. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Einladung, zu diesem ja wichtigen und ja fundamental wichtigen Anliegen hier sprechen zu dürfen. Wie sichern wir unsere Ernährung? Und wie tun wir dies so, dass die Produktionsgrundlagen unserer Landwirtschaft auch erhalten bleiben? Denn es ist im Interesse der Bäuerinnen und Bauern, dass sie jetzt gute Ernten haben, aber dass auch künftige Generationen gute Ernten ein-

fahren. Nahrungsmittelsicherung heißt auch, folgenden Generationen gesunde Produktionsgrundlagen zu überlassen. Dazu braucht es intakte Ökosysteme. Wir müssen also zur Regeneration unsere Produktionssysteme genauso in den Blick nehmen, wie wir den Ertrag in den Blick nehmen. Dazu hat die EU-Kommission mit der *Farm-to-Fork*-Strategie einige Ziele formuliert, die diese Schere korrigieren soll, dass wir eine Übernutzung unserer Produktionsgrundlagen haben, die bereits heute, aber auch künftig zu ja Kosten und weniger Ertrag führen werden. Wir erleben die Auswirkung der Klimakrise, die bereits heute zu massiven Kosten in der Landwirtschaft führt, wenn Trockenheit, Fröste, Starkregen die Ernten mindern. Wir erleben, dass das Bewässerungswasser knapp wird, das ist auch angesprochen. Ich lebe in einer solchen Region. Da stehen uns große Kämpfe bevor. Wir erleben, dass Dünger und Pestizide die Trinkwasserpreise nach oben treiben. Wir erleben, dass die Bodendegradation zu einer verminderten Wasseraufnahme und Haltefähigkeit führt und damit auch die Folgen von Starkregen-Ereignissen noch einmal verschärfen. Und wir wissen, dass viele wichtige Biodiversitätsindikatoren in den Agrarlandschaften massiv eingebrochen sind. Der ZKL-Schlussbericht, der schon mehrfach zitiert war, verweist auf diese 90 Mrd. (Euro) Umweltschäden, die durch die Landwirtschaft entstehen. Jetzt kann man sich über die genaue Zahl sicherlich streiten, aber unbestritten ist, dass wir einen erheblichen Teil der Produktionskosten externalisieren. Die Importfrage war auch schon angesprochen, dass wir dort an anderer Stelle etwas in Anspruch nehmen, obwohl wir hier sehr gute Voraussetzungen zur Produktion haben. Das wirft nochmal die Frage auf, wie wir mit unserem Ernährungssystem insgesamt umgehen, um dort zu einem gesünderen und insgesamt ökologisch verträglicheren Konsumprofil mit Lebensmitteln zu kommen und zu einer Tierhaltung, die flächengebundener und flächenbasierter ist. Es braucht also stabile und resiliente Anbausysteme, die für Sicherheit sorgen, die regionale und betriebliche Kreisläufe schließen, soweit das geht. Wir brauchen eine viel größere Importunabhängigkeit, um unsere Unabhängigkeit und damit unsere Souveränität zu stärken. Und das haben wir jetzt mit dem Krieg gegen die Ukraine deutlich gemerkt, wenn ich allein auf den Düngerbereich gucke, den wir seitens der Energie oder auch direkt aus Russ-



land oder Weißrussland importiert haben, wo wir jetzt von Katar und Iran dort Dinge importieren, dann sind das ja keine Systeme, die wir als geschlossen und gesund betrachten können, sondern die deutlich souveräner gestaltet werden müssen. Die, das Innovations ... genau. Entschuldigen Sie. Und was wir noch brauchen, ist zugängliches, frei zugängliches Saatgut ohne Patente. Die Gentechnik ist ja mehrfach angesprochen. Ich komme zum Schluss. Patente sind mit der Gentechnik fast zwingend verbunden, und dieser Umstand wird uns in neue Abhängigkeiten führen. Wir brauchen Innovationssysteme, die die Betriebe vor Ort stärken und nicht zu neuen Abhängigkeiten führen. Resilienz entsteht durch diese größere Geschlossenheit. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und wir fahren fort in der Runde mit der BVE. Herr Minhoff bitte schön. Herr Röhrig (BÖLW), wenn Sie das Mikro(fon) noch ausschalten würden. Das Wort hat jetzt Herr Minhoff, bitte schön.

Christoph Minhoff (BVE): Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Ausschussmitglieder. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ist Grundbedürfnis und Menschenrecht und daraus leitet sich das Erfordernis ab, dass die Lebensmittelwertschöpfungskette per se dem Bereich der kritischen Infrastruktur zuzuordnen ist. Die Ernährungsindustrie stellt die Endprodukte für den Verbraucher aus den landwirtschaftlichen Rohwaren her und die Kennzahlen der Branche sind schnell gesagt: 6 000 Betriebe, Jahresumsatz (20)22 waren 218 Mrd. Euro, über 637 000 Beschäftigte, der viertgrößte Industriezweig in Deutschland, größter Lebensmittelproduzent in Europa, 35 Prozent Exportquote und ganz nebenbei die Zukunftsbranche schlechthin. Die mit dem europäischen *Green Deal* angestrebte Transformation zu einer nachhaltigen, aber auch resilienten Lebensmittelproduktion in Deutschland setzt die Verfügbarkeit von landwirtschaftlichen Rohstoffen und Produktionsmittel zu bezahlbaren und damit wettbewerbsfähigen Preisen voraus. Die deutsche Ernährungsindustrie verarbeitet 80 Prozent der regionalen landwirtschaftlichen Rohstoffe und sichert damit den regionalen Landwirten und Landwirtinnen Ertrag und die Abnahme ihrer Produkte. Darüber hinaus

ist die Lebensmittelverarbeitung fest in globale Rohstoff-Lieferketten integriert, um Versorgungssicherheit, aber auch Vielfalt, Qualität und Nachhaltigkeit zu jeder Zeit sicherstellen zu können. Deutschland ist als viertgrößter Exporteur und drittgrößter Importeur von Lebensmitteln damit ein wichtiger Akteur am Weltmarkt. Diese Wirtschafts- und Versorgungsleistungen der überwiegend mittelständischen Ernährungsindustrie muss in der Diskussion um die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung und den Erhalt des Selbstversorgungsgrades in Deutschland und Europa angemessen berücksichtigt werden. Obwohl die deutsche Ernährungsindustrie während der Pandemie ihre Zuverlässigkeit abermals unter Beweis gestellt hat, haben sich die Standortfaktoren in den letzten Jahren verschlechtert: hohe Energiepreise, zunehmende Bürokratie und Regulierung, hohe Arbeitskosten, Fachkräftemangel sowie eine hohe Steuerlast sind negative Standortfaktoren und verringern nicht nur die Wachstumsaussichten, sondern auch die Investitionstätigkeit der Ernährungsindustrie. Neueste Umfrageergebnisse lassen darauf schließen, dass zukünftige Investitionen am Standort Deutschland vermehrt zurückgehalten oder sogar verlagert werden. Standortverlagerungen bedrohen dabei nicht nur den Selbstversorgungsgrad und die Versorgungssicherheit, sie konterkarieren durch mögliche *Leakage*-Effekte auch die nationalen und europäischen Klima- und Nachhaltigkeitsziele. Deshalb unsere Forderung: Sicherheit der Energieversorgung für die kritische Infrastruktur Ernährung sowie zielführende Maßnahmen für mittel- und langfristige wettbewerbsfähige Energiepreise, Lösung von Zielkonflikten anhand objektiver und wissenschaftlich fundierter Kriterien sowie bürokratiearme Dokumentationspflichten und bessere Verfügbarkeit von Daten, Umsetzbarkeit, Reduktionsziele für Lebensmittelabfälle, EU-Harmonisierung der Regeln für die Kreislaufwirtschaft mit Augenmaß vorantreiben und diskriminierungsfreie Ernährungspolitik und klare Absage an Markteingriffe durch Werbeverbote.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Minhoff (BVE). Und den Abschluss in der Runde macht der ZVG. Herr Ufen, bitte schön. Herr Minhoff, wenn Sie das Mikro(fon) noch ausschalten würden. So, Herr Ufen (ZVG), Sie haben das Wort.



Christian Ufen (ZVG): Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. In Deutschland liegt der Eigenversorgungsgrad bei Gemüse bei ca. 38 Prozent, der bei Obst nur bei 20 Prozent. Dies hat natürlich auch klimatische Gründe. Dennoch sollten wir ihn unbedingt halten und erhöhen. Dazu braucht man eine Branche, eine verlässliche und auch die Produktion stützende Rahmenbedingungen. Im Bereich des Pflanzenschutzes sind die jetzigen Vorstellungen zum *Sustainable Use Regulation* (SUR) extrem kontraproduktiv. Ca. ein Drittel des deutschen Obstbaus und ca. 15 Prozent des deutschen Gemüsebaus befinden sich in Gebieten, die mit einem Totalverbot belegt wären. Aber auch in den anderen Regionen käme es zu deutlich höheren Ertragsrisiken und Verlusten, die wir uns einfach nicht leisten können. Wir fordern: keine pauschalen Verbote und Reduktionsziele, eine effiziente Zulassungspolitik für eine breite Pflanzenschutzmittelpalette gerade für unsere zahlreichen kleinen Anwendungsgebiete, um dann kontrolliert integrierten Anbau weiterzuentwickeln. Der Anbau von Gemüse ist auf eine gesicherte Bewässerung angewiesen. Wassermangel während der Kulturführung bewirkt nicht nur eine Ertragsminderung, sondern auch nicht akzeptierte Qualitätseinbußen. Diese führen zu einem Totalausfall einzelner Anbausätze. Die bis dahin auf gewandten Ressourcen sind dann vergeudet. Die finanziellen Verluste sind für die Betriebe einfach eine zu hohe Belastung. Gleichzeitig ist dem Gemüsebau bewusst, dass wir im Zuge des Klimawandels heute und morgen Wasser noch effizienter einsetzen müssen. Wir brauchen eine klare Priorisierung des Obst- und Gemüsebaus im Rahmen der Nationalen Wasserstrategie und die Entwicklung eines Wassereffizienz-Programms, um eine schonende Bewässerung in unserem Sektor weiterzuentwickeln. Der Gemüse-, Obst- und auch der Weinbau ist in Deutschland immer wieder erheblichen Witterungsrisiken ausgesetzt. Durch den Klimawandel werden diese noch zunehmen. Bei der betrieblichen Vorsorge und Absicherung, Stichwort Mehrgefahrenversicherung, leiden die deutschen Gärtner unter erheblichen Wettbewerbsnachteilen gegenüber ihren europäischen Konkurrenten, in z. B. Polen, Frankreich oder in Italien. Wir brauchen bundeseinheitlich eine Stärkung der eigenverantwortlichen Risikovorsorge durch eine Kombination von sinnvollen Schutzmaßnahmen und auch eine höhere Förderung von angepassten Versiche-

runslösungen. Die deutschen Gemüsebauer sehen sich einer stetig steigenden Belastung durch einen bürokratischen Dirigismus ausgesetzt. Zunehmende Dokumentationspflichten bei der Pflanzenernährung oder dem Pflanzenschutz, wechselnde Bestimmungen im Arbeits- und Sozialrecht oder z. B. auch die aktuell vorgeschlagenen Regelungen zum neuen Energieeffizienz-Programm sind gerade für die Familienbetriebe ein Graus und die wirken wie z. B. beim Energieeffizienz-Programm den Zielen oftmals entgegen. Solche bürokratischen Hemmnisse und Stolpersteine befeuern den Strukturwandel inzwischen stärker als der Preisdruck. Sie zwingen die Obst- und Gemüsebauern immer länger an den Schreibtisch, aber wir gehören auf den Acker. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Ufen (ZVG). Vielen Dank für Ihre Statements insgesamt. Und wir kommen jetzt zur ersten Frage- und Antwortrunde. Es beginnt mit der Fraktion der SPD. Es stehen 13 Minuten für Fragen und Antworten zur Verfügung. Und gemeldet hat sich die Kollegin Lehmann, bitte schön.

Abg. Sylvia Lehmann (SPD): Ach, das Mikro(fon) war noch nicht an. Vielen Dank Herr Vorsitzender. Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Meine Frage richte ich an Herrn (Prof.) Strohschneider. Im Abschlussbericht der ZKL heißt es u. a. „ohne die Verbesserung von Ernährungsstilen und einem Wandel des Verbraucherverhaltens, wozu auch die Reduzierung des Konsums von tierischen Lebensmitteln gehört, wird die Transformation des Systems von Landwirtschaft und Ernährung nach Auffassung der ZKL nicht gelingen können“. Im Antrag der (Fraktion der) CDU/CSU steht allerdings kein Wort zum Thema Verbraucherverhalten. Daher möchte ich gern konkreter wissen, welche Rolle Sie dem Ernährungsverhalten der Deutschen beimessen, wenn wir die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung hier und heute diskutieren.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und die Frage ging an Herrn Professor Strohschneider. Herr Strohschneider, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Peter Strohschneider: Ja, vielen Dank. Vielen Dank Frau Lehmann. Meine Antwort würde sein, dass dieser Untertitel des Abschlussberichts



eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, die Transformation einer ökologisch und ökonomisch gleichermaßen tragfähigen Landwirtschaft, dass dieser Untertitel im Grunde die Antwort abzuleiten ermöglicht auf ihre Frage. Gesamtgesellschaftlich heißt ja zum einen, dass wir alle als Verbraucherinnen und Verbraucher an diesem Ernährungssystem teilnehmen. Das ist also nicht ein reines Angebotsystem, sondern es ist ein System, in dem Angebot und Nachfrage sich gegenseitig modulieren, will ich mal sagen. Und insofern kommt den Ernährungsstilen und auch ihrer Veränderung nicht nur aus (ökologischen und) ökonomischen, sondern auch aus *Public Health*-Gründen z. B., eine erhebliche Bedeutung zu. Die ZKL hat sich da einfach an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) orientiert, und die Reduktion von Zucker, Salz und Fetten, eine deutlich mehr pflanzen-, obst- und gemüsebasierte Ernährung usw. genannt. Und die ganze Logik sozusagen auch der Empfehlungen, die wir im Anschluss an die „Borchert-Kommission“ (Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung) zum Umbau der Tierhaltung machen, ist eine Logik, die die Veränderung der Tierbestände vor allem über eine sinkende Nachfrage erzeugt. Insofern kommt also als Nachfrager nach Lebensmitteln dem Verbraucherverhalten eine entscheidende Bedeutung zu, ganz abgesehen von den gesundheitssystemischen, volkswirtschaftlichen usw. Effekten, die damit verbunden sind. Das wäre sozusagen der zweite Punkt. Wir haben ja so eine Art von Daumenrechnung, wie sich herumgesprochen hat, aufgemacht, wie gewissermaßen diese ökologische Transformation(en) der Landwirtschaft, und d. h. nicht die (vollständige) Transformation in ein Bio-System, d. h. (sondern) in eine (die) ökologisch nachhaltige (Transformation) unterschiedliche(r) Produktionssysteme, wie sich das volkswirtschaftlich kalkulieren ließe. Und dabei kommt heraus – also Herr Bösel hat ja die 90 Mrd. (Euro), glaube ich, schon einmal genannt, die da stehen. Auf die (genaue Zahl) kommt es gar nicht an. Also im politischen „Sprech“ kommt es nur darauf an, dass die Kosten der Transformation sehr viel geringer sind als die gegenwärtigen externalisierten Kosten, ein Bruchteil dessen, allerdings höher als (das, was) im Moment in den Staatshaushalten zur Verfügung steht. Und da kommen die Verbraucher sozusagen ein zweites Mal ins Spiel, weil diese Kosten – na-

türlich: *True-Cost-Accounting* und alles, was damit dranhängt – weil diese Kosten gesamtgesellschaftlich aufgebracht werden, und d. h. auch über Lebensmittelpreise. Und dass, was die ZKL da beschrieben hat, das will ich doch noch sagen, das ist ein struktureller Wandel, kein konjunktureller. Ganz viele der Effekte, die aber jetzt gerade, also seit dem 24. Februar letzten Jahres in der Diskussion sind, sind aber konjunkturelle Effekte, keine strukturellen Effekte. Ich räume sofort ein, dass die Veränderung der strukturellen Effekte sozusagen im politischen Prozess die konjunkturellen Veränderungen nicht einfach ignorieren kann, aber es sind zwei ganz unterschiedliche Argumentationszusammenhänge. Ich kriege das hier (*verweist auf sein fiependes Mikrofon*) nicht aus hier, Herr Färber.

Der **Vorsitzende**: Versuchen Sie es mal mit dem anderen Mikro(fon). Ich weiß nicht, ob das vielleicht besser ist.

Prof. Dr. Peter Strohschneider: Ist das besser? Dass hier nur die linken Mikros gehen sollen, leuchtet mir ja gar nicht ein. (*Lachen im Sitzungssaal*) Ich dachte, es ist der Agrarausschuss.

Der **Vorsitzende**: Nehmen Sie einfach das, was am besten funktioniert.

Prof. Dr. Peter Strohschneider: Ja. Also diese beiden Aspekte sozusagen, Veränderung durch Ernährungsstile, Verbraucherverhalten und so weiter und gesamtgesellschaftliche Mitfinanzierung der Transformationskosten, sind die beiden Gesichtspunkte, die die Verbraucherinnen und Verbraucher systematisch mit in dieses Modell hineinholen, und zwar als konstitutive Größe natürlich.

Der **Vorsitzende**: Ja, vielen Dank. Und das Wort hat wieder die Kollegin Lehmann.

Abg. **Sylvia Lehmann** (SPD): Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich richte jetzt meine nächste Frage an Herrn Röhrig (BÖLW). Und zwar wird immer von Ernährungssicherheit gesprochen. Das ist ja auch Sinn und Zweck der heutigen Anhörung. Dabei wäre doch Ernährungssouveränität von viel größerer Bedeutung, also wenn alle Länder einen so



hohen Selbstversorgungsgrad erreichen, dass sie nicht zwingend auf Lebensmittelimporte angewiesen sind. Wäre es nicht besser, Ernährungssouveränität als Ernährungssicherheit in allen Ländern zu schaffen, als die Produktion in Deutschland immer höher zu schrauben, damit wir mehr exportieren können? Und das geht natürlich dann wieder zu Lasten der Biodiversität und der Ackerböden. Und ich würde gleich in dem Zusammenhang noch eine Frage an Herrn (Prof.) Strohschneider mit anfügen wollen, wenn ich darf, Herr Vorsitzender? Ja, also welche Rolle, jetzt bezogen nochmal auf die ZKL, spielte denn die Ernährungssicherheit während der Diskussion in der ZKL? Im Abschlussbericht, ich sag einfach mal so, liest man gar nichts. In der Zukunftsvision haben die jugendlichen Vertreter vom BUND und dem Bauernverband das Thema angesprochen. Aber wie haben Sie Ernährungssicherheit in der Diskussion definiert? Danke.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Die erste Frage ging an BÖLW, Herr Röhrig, und anschließend dann Herr Professor Strohschneider. Herr Röhrig (BÖLW), bitte schön.

Peter Röhrig (BÖLW): Vielen Dank für die Frage. Und sie ist erst einmal selbstverständlich mit einem „Ja“ zu beantworten. Wir müssen für Ernährungssouveränität sorgen und nicht die Abhängigkeiten nach oben bringen, da überall, wo es möglich ist. Wir müssen dort erst unserer eigenen Verantwortung gerecht werden. Es war ja heute schon angesprochen, wir importieren mehr als wir exportieren. Wir sind Nettoimporteure, was Kalorien- und Eiweißmengen betrifft. Und damit nützen wir der Welt im Grund nicht, sondern wir liegen ihr faktisch auf der Tasche. Und wir liegen denen auf der Tasche, die viel weniger haben als wir. D. h., und dann bin ich bei Herrn (Prof.) Strohschneider, die sozial-ökologische Transformation des Ernährungssystems muss darauf ausgerichtet sein, dass wir auch dieser globalen Verantwortung gerecht werden. Das ist die Frage der flächengebundenen Tierhaltung und einer Tierhaltung, die mit den Ressourcen auskommt, die wir haben und nicht so sehr auf Importfuttermittel ausgerichtet ist, die auch stärker auf Grundfutter ausgerichtet ist, als auf, weil es hier von einem meiner Vorredner war auch das Roden der Regenwälder indirekt angesprochen, dass wir diese Effekte nicht erzielen.

Und das würde ja fantastisch harmonieren mit den Empfehlungen der DGE, dort den Fleischkonsum ein Stück nach unten zu nehmen, dort für gesunde Ernährung zu sorgen. Und wir haben hier schon diese 90 Mrd. (Euro) angesprochen gehabt, von den Umweltfolgekosten der Landwirtschaft. Und wir haben es ja in ähnlichen Dimensionen auch bei den gesundheitlichen Folgekosten der Fehlernährung, die ja zu viel persönlichem Leid führen bei den Einzelnen, aber natürlich auch hohe gesellschaftliche Kosten verursacht, die wir uns als Gesellschaft leisten. Beide Baustellen müssen wir anpacken. Für beides, in beide Bereiche, fließt ja Geld hinweg, was uns an anderer Stelle fehlt. Und es ist natürlich sehr unvernünftig. Der nächste Punkt ist, dass wir all die Länder in ihrer Ernährungssouveränität stärken, bei denen dort Spielräume da sind. Das ist wichtig und richtig. Beispielsweise gibt es sehr beeindruckende Projekte in Afrika, die dort mit ökologischen Methoden dafür sorgen, Stoffkreisläufe zu schließen, Kompostwirtschaft einzuführen. Das sind ökologische Methoden, in dem Sinne, ökologische Innovationen, mit denen dort Erträge viel, viel stärker angehoben werden können als mit externen Inputs, weil beispielsweise die Wasserhaltefähigkeit der Böden gestärkt wird durch mehr Humus und Kompost, und das eigentlich der limitierende Faktor ist und nicht die Frage, dass ich dort noch Pestizide brauche oder Mineraldünger brauche, der für die Subsistenzlandwirtschaft, die ja die meisten Landwirte auf der Welt betreiben, eigentlich zu einer Verarmung, einer stärkeren Verarmung führen und nicht zu einer Verbesserung der Ernährungssituation unter dem Strich.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Röhrig (BÖLW). Und dann gab es noch eine Frage an Herrn Professor Strohschneider. Bitte schön.

Prof. Dr. Peter Strohschneider: Vielen Dank Herr Vorsitzender. Die Beobachtung ist, glaube ich, ganz richtig, Frau Lehmann. Das Wort Ernährungssicherheit kommt im ZKL-Bericht ein einziges Mal vor. Und dafür gibt es einen Grund. Sowohl, dass es einmal vorkommt, aber auch dafür, dass es nicht öfter vorkommt. Es gibt eine Seite der Sache und eine Seite des Begriffs. Die Sache kommt dauernd vor. Die Sache heißt eine verlässliche Ernährung mit guten, vielfältigen Lebensmitteln auf einem hohen Qualitätsniveau. Diese Sache kommt auf jeder



Seite dieses Berichts vor. Das Wort selber ist nicht so jungfräulich, wie es tut, würde ich sagen. Es beschreibt einen agrarpolitischen Paradigma, dass das Landwirtschaftsgesetz der Bundesrepublik von 1955 geprägt hat, aber in einer vollständig anderen ökonomischen, auch agrar-ökonomischen Situation als heute, als die Hälfte der Bevölkerung in der Agrarproduktion tätig war und in (als) der Hunger sozusagen eine ganz alltäglich(e erfahrbare) Realität. Deswegen haben wir auf das Wort verzichtet, weil es sozusagen eine bestimmte Agrarpolitik impliziert. Und meine persönliche Auffassung, wenn ich das so sagen darf, ist, es kommt darauf an, gut ernährt zu sein, es kommt aber auch darauf an, nicht unter den Folgen des Klimawandels und des Artensterbens zu verrecken, wenn ich das ein bisschen drastisch sagen darf. Wir versuchen (beschreiben) also in unserem Abschlussbericht eine Agrarpolitik, die die Gesellschaft davor bewahrt, wählen zu müssen, zwischen Hungerrevolten und Klimanomie oder Dürreflüchten über das Mittelmeer. Das ist eine Alternative, in die man immer wieder sozusagen agrarpolitisch hineingeraten ist, die ganze EU, glaube ich, (ist) die letzten 30 Jahre seit der *MacSharry*-Reform immer wieder in dieses Dilemma hineingeraten, und aus dem muss man herauskommen. Und deswegen kommt es auf eine gesicherte gute, qualitativ hochwertige Ernährung an, aber auch darauf, dass diese Lebensmittel produziert und weiterverarbeitet werden zu Bedingungen, die sozial und ökologisch ebenso rechtfertigungsfähig sind wie ökonomisch.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und das Wort hat nochmal die Kollegin Lehmann, bitte schön.

Abg. Sylvia Lehmann (SPD): Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Frage geht nochmal an Herrn (Prof.) Strohschneider. Klima und Umwelt, Artenreichtum und Tierwohl sind sowohl Gemeingüter als auch Produktionsfaktoren. Ihre Übernutzung verursacht volkswirtschaftliche Kosten, doch auch ihr Schutz ist nicht kostenneutral. Wie kann und muss der Transformationsprozess der Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft finanziert werden? Was schlägt hier die ZKL vor?

Der Vorsitzende: Die Frage ging wieder an Herrn Professor Strohschneider. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Peter Strohschneider: Vielen Dank. Also die Finanzierung (muss), ich habe es gerade schon angedeutet, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für die Staatsseite, und damit meine ich jetzt also Republik, Länder und EU gleichermaßen, also das Mehrebenen-System der Agrarpolitik, für die Staatsseite müsste gelten nach der Auffassung der ZKL, dass die Finanzmittel der öffentlichen Hand an Zielerreichungen gebunden sind. Also wir machen auch den Vorschlag in diesem Entwurf von einer Inputsteuerung, also z. B. Flächenbeträge wären Inputsteuerung, auf eine *Output*-Steuerung, also auf die Honorierung von Ökosystemleistungen umzustellen. Das wäre sozusagen eines dieser Elemente. In der Daumen-Rechnung, wie ich das jetzt nenne und es kommt wirklich nicht auf die (genauen) Zahlen an, die sind wie immer in solchen komplexen Abschätzungen hochgradig strittig, aber die Proportionen verändern sich nicht: Wenn wir mal sagen, dass die externalisierten Kosten bei einer Weiterführung des gegenwärtigen Systems irgendwo in einem hohen zweistelligen Milliardenbereich pro Jahr liegen und wenn wir sagen, dass die Kosten einer anspruchsvollen, ambitionierten ökologischen Verbesserung der gegenwärtigen Produktionssysteme mit dem Effekt seiner ökonomisch sehr viel höheren Tragfähigkeit, als es im Moment der Fall ist, mit irgendwie zehn Mrd. (Euro) oder 11 Mrd. (Euro) oder 15 Mrd. (Euro) p. a. veranschlagen, dann ist ungefähr klar, was sich dabei ergibt. Die Hälfte ist jetzt schon im Etat, nämlich in den staatlichen Haushalten. Die muss funktionsgebunden gewissermaßen umadministriert werden. Und die andere Hälfte muss erwirtschaftet werden. Sie muss an Lebensmittelmärkten, an Märkten für Ökosystemleistungen, für CO₂-Speicherung, für Wasserreinhaltung usw., also für dieses ganze sich öffnende Funktionenspektrum der Agrarproduktion über die Produktion von Lebens- und Futtermitteln hinaus aufgewandt (erwirtschaftet) werden. Und das kostet natürlich für die Gesellschaft. Wir haben irgendwo diese Formulierung, das wird teurer, als es bisher ist, aber es wird viel, viel billiger, als es würde, wenn man nichts täte.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Es ist nach unserer Zeituhr hier eine Minute, die wir dann mit der zweiten Runde dann verrechnen. So, wir fahren dann fort in der Fragerunde. Das Wort hat die CDU/CSU-Fraktion. Kollege Auernhammer bitte schön.



Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, erstmal vielen Dank, dass die Anhörung heute stattfinden kann, dass wir über das Thema Ernährungssicherung auch in Deutschland hier diskutieren können im Deutschen Bundestag, denn ich glaube, es ist besonders wichtig, erst recht nach dem Angriff von (Wladimir) Putin auf die Ukraine. Natürlich hat der *Green Deal* und (die) *Farm to Fork*-Strategie eine besondere Bedeutung. Die Herausforderungen mit Klimawandel, Artenschutz, ökologische Herausforderungen sind für die Landwirtschaft ganz, ganz entscheidend und ganz groß. Für mich ist allerdings die Frage, wenn wir zu viel machen und vielleicht zu viel des Guten machen, ob wir hier nicht übers Ziel hinausschießen und Produktionskapazitäten ins Ausland verlagern. Der Kollege vom ZVG hat bereits den geringen Selbstversorgungsgrad in Deutschland erwähnt gerade. Und es wurde auch, und das glaube ich, ist auch für Deutschland innerhalb Europas bezeichnend, gerade ein Betrieb vorgestellt, der in seiner Größenordnung, ich erlaube mir das, verzeihen Sie mir, aus süddeutscher Sicht für mich eine Agrarfabrik darstellt, eine ganz andere Struktur hat. Wir haben ganz unterschiedliche Strukturen innerhalb Deutschlands. Und mit diesen Herausforderungen, die wir innerhalb der deutschen Landwirtschaft, aber auch der europäischen Landwirtschaft haben, möchte ich Herrn Dr. Fuchs fragen. Wenn wir solche Herausforderungen haben und viele Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter dann sagen, wir wollen nicht mehr, wir wollen aus der Produktion aufsteigen, ist es dann zielführend, mit so hohen Auflagen das so zu bewerkstelligen und die Produktionskapazitäten ins Ausland zu verlagern und dann auf die bereits angesprochenen Importe angewiesen zu sein? Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Die Frage ging an Herrn Dr. Fuchs. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Richard Fuchs: Vielen Dank für die Frage. In der Tat ist es so, einer meiner Hauptkritikpunkte ist, dass bei den doch sehr ambitionierten Zielen des EU-*Green Deals* mir die globale Sicht komplett fehlt. Wir haben keine vereinbarten Ziele für die Importe, die wir nach Europa importieren. Ich habe es schon gesagt, die Hälfte sind davon Ölsaaten.

Und insbesondere bei den Ölsaaten sieht der Markt sehr, sehr klein aus. Wir haben insgesamt acht Handelspartner, die 90 Prozent dieser Ölsaaten nach Europa importieren. Davon sind viele fragile Partner dabei. Wir haben die Trump-Regierung gehabt, die uns mit Zöllen bedroht hat. Wir haben die „Bolsonaro-Regierung“ gehabt, die ungefähr die Fläche Baden-Württembergs abgeholzt hat während ihrer Amtszeit. Und Russland und die Ukraine sind ebenfalls als Handelspartner weggefallen. D. h., wir stehen hier auf sehr dünnem Eis, was die Importabhängigkeit betrifft. Gleichzeitig unterwandern wir, weil wir diese Zielvorgaben für die Handelspartner nicht haben, die Produktionsvorgaben innerhalb der EU. Und d. h., die heimischen Landwirte und Landwirtinnen stehen in direkter Konkurrenz mit den anderen Produzenten um die Welt. D. h., hier besteht das Risiko, dass wir den Verlagerungseffekt unter dem *Green Deal* noch verstärken. D. h., ich sehe hier das Risiko, dass wir zu höheren Importabhängigkeiten kommen, größeren Verlagerungseffekten und zu einem höheren Risiko für die heimische Landwirtschaft.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und das Wort hat der Kollege Auernhammer, bitte schön.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank. Herr Dr. Fuchs, erlauben Sie mir hier eine Nachfrage. Jetzt wird sehr viel über dieses Mercosur-Abkommen diskutiert. Und Brasilien hat ja, ich schätze mal, einen höheren Pflanzenschutzmitteleinsatz wie Deutschland oder Europa. Und wir diskutieren hier, was wir auch schon gehört haben, eine Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes im Rahmen des *Green Deals*, wo in ganzen Landstrichen kein Einsatz mehr notwendig ist. Sehen Sie hier nicht einen Zielkonflikt, wenn wir sagen, wir reduzieren hier in Deutschland, in Europa und Brasilien? Ich sag es jetzt so flapsig, gibt dann richtig Gas mit Mercosur.

Der **Vorsitzende**: Die Frage ging wieder an Herrn Dr. Fuchs. Herr Dr. Fuchs, Sie haben das Wort.

Dr. Richard Fuchs: In der Tat, ich sehe hier durchaus ein Risiko. Die Pflanzenschutzmenge, aber auch die Düngemittelmenge ist in Brasilien viel höher als im EU-weiten Durchschnitt. Insbesondere



bei der Düngemittelmenge wird dort das Vierfache verwendet, was wir hier in der EU haben. D. h., wir sind eigentlich hier schon sehr effizient, was die Produktionsmethoden angeht und ich denke, wir sollten mehr auf das Effizienzmaß schauen, als auf den Input, was in das System reingeht. Das ist wichtig, was wir aus dem System auch wieder im Verhältnis rausbekommen. Und da liegt meines Erachtens Deutschland mit unter den Top 5-Plätzen. Übrigens, vier europäische Länder von den Top 5-Ländern mit der höchsten Effizienz in der Agrarproduktion. Das Risiko, was ich hier sehe mit dem Mercosur-Abkommen, Sie müssen auch sehen, wann das beschlossen wurde. Das war unter der „Bolsonaro-Regierung“. Es muss natürlich jetzt noch ratifiziert werden, aber wir haben die Folgen dessen gesehen. Der Amazonas stand in Flammen. Und wir müssen uns klar die Frage stellen, wollen wir das in der Zukunft haben. Es kann eine neue Regierung kommen, die ähnliche Vorgaben wieder macht. Und ich sehe das sehr kritisch, auf das Mercosur-Abkommen in den nächsten Jahren zu setzen. Wie gesagt, eine Alternative wäre, die heimische Produktion zu stärken und da doch unter effizienteren Bedingungen heimische Produktion voranzutreiben.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und das Wort hat wiederum Kollege Auernhammer.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich möchte Herrn Prof. Dr. Henning dazu noch fragen. Der Gedanke der Kreislaufwirtschaft wird sehr oft diskutiert, auch in Deutschland. Aber wir haben jetzt gerade auch gehört, dass die Importabhängigkeit von Futtermitteln, von Düngemitteln noch sehr ausgeprägt ist. Sehen Sie Potential für die deutsche, für die europäische Landwirtschaft, dass wir mit Richtung Kreislaufwirtschaft hier uns besser organisieren können, uns besser aufstellen können und auf Höhe auch mit einer Ernährungssouveränität rechnen könnten?

Der Vorsitzende: Herr Prof. Dr. Henning, bitte schön.

Prof. Dr. Christian Henning: Vielen Dank für die Frage. Grundsätzlich ist es sicherlich richtig, wenn

man stärker auf eine Kreislaufwirtschaft setzt, dass man dann auch strategische Importe reduzieren kann. Es bleibt aber grundsätzlich die Frage, ob das sozusagen die einzige Sichtweise ist, wie man sozusagen jetzt das europäische Ernährungssystem tatsächlich transformieren will. Wir werden immer, wenn wir uns das angucken, auf bestimmte Importe, sozusagen strategische Importe, ob es Energie ist oder ob es nun Düngemittel sind, angewiesen sein. D. h., wir werden nicht tatsächlich zu so einer kompletten Souveränität kommen, sodass ich glaube, dass dieser Hauptaugenmerk nicht auf diese Blickwinkel unbedingt gerichtet werden sollte, sondern, worauf man vielleicht mehr zielen sollte, ist, dass man natürlich hier jetzt, und das habe ich auch probiert in meiner Darstellung darzulegen, dass man hier jetzt einfach agrarpolitische Rahmenbedingungen schafft, die eben tatsächlich dieses balancierte, was man im *Green Deal* ja anspricht und was ja letztendlich auch gesellschaftlicher Konsens ist, und auch hier in dieser Runde sieht man das ja, dass man hier eben einfach Anreize schafft, dass man immer besser und immer effizienter diese nachhaltige Produktion sozusagen erreicht. Ich glaube, dass man nicht auf bestimmte Indikatoren, wie bestimmte Lebensmittelimporte oder aber bestimmte Futtermittel- oder Düngemittelimporte abstellen sollte, sondern man sollte sehen, dass wir hier eben, und da können wir eine klare Vorreiter-, auch technologische Rolle spielen, dass man hier eben Systeme entwickelt, die zunehmend sehr effizient und sehr nachhaltig sozusagen diese Lebensmittelproduktionen veranstalten.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und das Wort hat wiederum Kollege Auernhammer.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Herr Prof. Dr. Henning, ich darf nachfragen. Jetzt gibt es diese Industrie-Emissionsrichtlinie auf europäischer Ebene z. B., nur als Beispiel, die eine Produktionsbeschränkung wieder vorsieht in der deutschen, in der europäischen Landwirtschaft. Wie sehen Sie hier die Auswirkungen dann auf die heimische Produktion auch im Blick auf die Ernährungssouveränität?

Der Vorsitzende: Herr Prof. Dr. Henning, die Frage ging an Sie. Bitte schön.



Prof. Dr. Christian Henning: Vielen Dank, danke für die Frage. Auch hier würde ich gerne etwas grundsätzlicher antworten. Man weiß ja auch noch nicht genau, wie jetzt diese Emissions-Richtlinie am Ende umgesetzt wird, aber grundsätzlich ist wieder das Prinzip, dass man eben, wenn man an bestimmten Produktionsinputs oder einen bestimmten Produktionsverfahren etwas festmacht, halte ich für grundsätzlich nicht effizient und auch am Ende nicht effektiv. Das heißt, man sollte eben anstatt jetzt an Tierzahlen etwas festzumachen und letztendlich von Standard-Emissionskoeffizienten auszugehen und dann aber am Ende Gesetze zu schreiben, die nur noch mit diesen Emissionszahlen, die letztendlich immer statisch sind, bestimmte Indikatoren wie Tierzahlen festmachen, sollte man eben lieber dichter, und das wurde ja auch hier schon mal, bei Herrn (Prof.) Strohschneider klang das ja schon an, sollte man stärker tatsächlich an den Ökosystemleistungen die Indikatoren festmachen, d. h. wie viel Treibhausgase oder wie viel Nitratemission habe ich dann tatsächlich und dadurch eben a) direkt da, tatsächlich auch das steuern, was man eigentlich steuern will, und b) natürlich einfach mehr Vielfalt und Entwicklungsmöglichkeiten für innovative, nachhaltige Technologien ermöglichen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und das Wort hat wiederum Kollege Auernhammer.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Ich darf nochmal nachfragen. Herr Prof. Dr. Henning, sehen Sie hier einen gewissen Lösungsansatz mit der Flächenbindung der landwirtschaftlichen Produktion und der tierischen Produktion?

Der Vorsitzende: Herr Professor Henning, bitte schön.

Prof. Dr. Christian Henning: Ich glaube, wie ich schon gesagt habe, wenn wir, es besteht ohne Frage ein technologischer Zusammenhang. Ich glaube aber, dass man gerade, wenn man eben Innovationen zulassen will, man nicht immer von bestehenden Zusammenhängen ausgehen kann und die dann festschreiben kann. Ich sage noch mal, ich glaube, dass man Indikatoren, und da gibt es ja auch schon Entwicklung, entwickeln sollte, die

eben direkter Emissionen misst und nicht den Umweg oder die indirekte Messung über sozusagen Flächenbindungen geht. Das halte ich für grundsätzlich nicht gerade dynamisch, sozusagen nicht zielführend. Ich hoffe, ich habe Ihre Frage richtig verstanden.

Der Vorsitzende: Kollege Auernhammer hat das Wort. Bitte schön.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Dann frage ich nochmal kurz nach, Herr Prof. Dr. Henning: Ist schon angesprochen worden auch von Herrn Dr. Fuchs, die Marktstrukturen, die global vorhanden sind, was den Import z. B. von Eiweiß-Futtermitteln angeht. Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine und den Störungen auf den Märkten, sehen Sie hier auch eine Gefahr, dass unsere Nahrungsmittelversorgung gefährdet ist, aufgrund der Konzentration auch auf wenige Marktpartner?

Der Vorsitzende: Herr Professor Henning, die Frage ging nochmal an Sie.

Prof. Dr. Christian Henning: Jetzt ganz konkret, wenn man die Nahrungsmittelversorgung nimmt, kommt es ja immer darauf an, wie will man Versorgung sozusagen definieren? Wenn wir jetzt gerade Europa nehmen, wenn wir noch genauer Deutschland nehmen, dann ist natürlich grundsätzlich schon zu zeigen, dass natürlich auch bei unserer jetzigen Struktur, wir haben sehr hohe Selbstversorgungsgrade, wir haben auch hohe Potentiale sozusagen, wenn sich auf internationalen Märkten was verändert, uns gerade in der Nahrungsmittelproduktion anzupassen, so dass ich nicht hier von einer dramatischen Gefahr, zumindest nicht für Europa und für Deutschland, sprechen würde. Ich würde aber sagen, dass grundsätzlich man aus diesen Geschehnissen, die Sie gerade beschrieben haben, natürlich auch etwas in Richtung nachhaltiger Lebensmittelsysteme lernen kann. Nämlich, dass man grundsätzlich sich nicht mehr, wie das vielleicht in der Vergangenheit zu stark gemacht worden ist, grundsätzlich nur auf globale Märkte verlassen kann. D. h., um es ganz klar zu sagen, globale Märkte bedeutet, ich finde irgendwo ein unheimlich günstiges Angebot und das realisiere ich



dann und mache mich dann vielleicht strategisch davon auch abhängig. Das, glaube ich, kann man schon mitnehmen aus diesen Ereignissen, die wir hier jetzt sehen, dass das am Ende doch, ums technisch zu sagen, erkläre ich aber auch gleich, mit sehr hohen Transaktionskosten verbunden ist, weil das eben Risiken sind, dass man sich eben nicht auf diese globalen Marktstrukturen verlassen kann. Die sind am Ende doch zu teuer. Nur, dass man diese Transaktionskosten nicht gleich sieht. Ist ein bisschen, wie man ist versichert oder nicht. D. h., man sollte dort schon, das habe ich auch in meinem Statement probiert, kurz darzustellen, schon auf innovativere handelspolitische Maßnahmen eingehen. Das sind nicht die klassischen, sondern das ist, glaube ich, eher, dass man sieht, dass man nicht auf Handel komplett verzichtet, sondern Handelspartner, ich habe das versucht zu umschreiben mit *Food* und *Climate Clubs*, dass man sozusagen da innovative Möglichkeiten sieht, dass man diese Handelsstrukturen eben verlässlicher oder, technisch gesagt, mit weniger Transaktionskosten aufbaut und auch gezielter oder ausgewählter seine Handelspartner auswählt.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Wir haben nach unserer Zeitmessung eine Minute, die wir dann mit der zweiten Runde verrechnen. Und damit fahren wir in der Runde fort. Das Wort hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es stehen sieben Minuten zur Verfügung. Und das Wort hat Kollege Bär, bitte schön.

Abg. Karl Bär (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Nachmittag. Schön, dass diese Anhörung stattfindet. Ich beginne mit einer Frage an Benedikt Bösel. Dabei geht es ums Thema Gentechnik. Ich hab den Eindruck, wenn ich den Antrag der „Union“ anschau und auch ein paar der Stellungnahmen, die gekommen sind, dass einige Leute in gentechnikveränderten Pflanzen und Tieren eine Lösung sehen für die Anpassung und auch die Bekämpfung des Klimawandels. Sie sind als Landwirt in einer Gegend, die durchaus betroffen ist, auch von der Trockenheit der letzten Jahre. Würden Sie in Gentechnik ein Werkzeug für sich sehen?

Der Vorsitzende: Bitte schön, jetzt habe ich hier leider, an wen ging die Frage?

Abg. Karl Bär (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An Herrn Bösel.

Der Vorsitzende: Herrn Bösel, Entschuldigung. Ich war gerade abgelenkt. Herr Bösel, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Benedikt Bösel: Herzlichen Dank. Ich würde die Frage wahrscheinlich aufteilen auf drei Kernpunkte, die ich sozusagen in der Analyse einer solchen technologischen Methode, eines solchen Instruments, sozusagen zugrunde legen will. Das eine ist erstmal, dass, wenn wir merken, dass über solche Angebote die Marktmacht von Firmen zunimmt und wir gleichzeitig sehen, dass das Angebot von anderem Saatgut dadurch auch reduziert wird, dann habe ich damit erstmal insofern Schwierigkeiten, als das Resilienz von Ökosystemen die Basis dessen ist, eine große und diverse Sorten- und Artenvielfalt, d. h., da wäre ich verhalten. Die Frage ist wirklich, in welchen Händen ist diese Technologie und was wird damit abgezielt? Das ist so für mich das Eine. Grundsätzlich, wir müssen wirklich alles daran tun, dass wir die Abhängigkeiten der Bauern und Bäuerinnen reduzieren können, denn unabhängige Landwirte sind das Gleiche wie die Diversität in Ökosystemen. Es geht um Resilienz. Nur wenn Landwirte und Landwirtinnen unabhängig sind, können sie auf gesellschaftliche und auch ökologische Anforderungen reagieren können. Das Zweite ist für mich eine Sache, die ich tatsächlich tagtäglich erlebe. Der Klimawandel ist nicht die Tatsache, dass es immer trockener wird. Der Klimawandel ist auch nicht die Tatsache, dass es immer feuchter wird. Was mit dem Klimawandel kommt, ist eine viel größere Unvorhersehbarkeit. Und eine lineare Technologie kann darauf nicht reagieren. Das Einzige, was darauf reagieren kann, ist ein gesunder Boden und ein gesundes Ökosystem. Für mich der letzte Punkt, und auch das wieder ein ganz ausschlaggebender Punkt, ist die gesellschaftliche Akzeptanz. Wenn wir über Resilienz sprechen, wenn wir über die Veränderung unserer Ernährungsmittel und landwirtschaftlichen Produktionssysteme sprechen, dann sprechen wir immer auch über die Akzeptanz und die Wertschätzung der Gesellschaft für die Arbeit der Landwirte und Landwirtinnen. Wir sprechen auch immer für die Attraktivität der grünen Berufe für junge Leute.



Wenn wir das nicht als Grundlage unserer Ausrichtung verstehen und auch entsprechend die politischen Rahmenbedingungen setzen, dann haben wir im Grunde genommen gar keine Chance. Und die Akzeptanz der Gesellschaft für ein solches Instrument sehe ich aktuell nicht als gegeben. Ganz im Gegenteil. Ich glaube, wenn wir in Deutschland das, was wir an Potential haben, was die wissenschaftliche Forschung, die Technologieentwicklung, die Bildung und Ausbildung vieler dieser Strukturen angeht, nutzen möchten, dann muss es sein, landwirtschaftliche Landnutzungsformen zu produzieren, zu entwickeln, die eben über die Nutzung im Boden aufbauen, Diversität aufbauen und eben dazu beitragen, dass wir auch langfristig Landwirtschaft betreiben können, ohne große, externe, ökologische und soziale Kosten zu verursachen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Ich möchte nur kurz das beitragen: die Irritation hier war bezüglich der Zeitmessung, wenn wir hier eine andere Zeitmessung haben wie da oben steht. Der Unterschied resultiert aus dem, dass bei unserer Zeitmessung meine Redezeit, wie jetzt gerade, abgezogen wird. Nur einfach, das war die Irritation, die ist jetzt geklärt und wir können jetzt fortfahren. Kollege Bär bitte schön.

Abg. Karl Bär (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke für die Klarstellung. Ich schließe ein bisschen an, an dem, was Sie, Herr Bösel, gerade gesagt haben, vom Aufbau, Boden und Biodiversität. Wenn man sich anschaut, was da in der Wissenschaft passiert, ist Agro-Forst ein System, wo z. B. das (Johann Heinrich von) Thünen-Institut auch sehr viele Möglichkeiten sieht, Kohlenstoff im Boden zu halten. Sie betreiben dasselbe auch oder experimentieren damit. Und ich frage mich so ein bisschen, ist das primär eine Naturschutzsache, wo es um Ökosystemdienstleistungen geht, die man auch bezahlt haben will, oder hat das einen praktischen agronomischen Vorteil, der so groß ist, dass Sie sagen, das mache ich auch, weil ich davon was habe?

Der Vorsitzende: Herr Bösel, Sie haben das Wort. Die Frage ging an Sie.

Benedikt Bösel: Herzlichen Dank. Wunderbare Frage. Vielen Dank dafür. Tatsache ist es so, dass wir natürlich über das Nutzen von Methoden, natürlichen Methoden, wie beispielsweise der Agro-Forstwirtschaft, unglaubliche ökologische und soziale Leistungen übernehmen können. Sie haben gerade schon Humusaufbau angesprochen. Wir können aber auch über die Agro-Forst-Streifen das Mikroklima verändern. Wir können die Biodiversität aufbauen. Wir haben also eine ganze Reihe von ökologischen und sozialen Leistungen, die diese Baumstreifen, immer angepasst natürlich an den regionalen ökologischen Kontext, uns ermöglichen können, aber in der Tat ist der Schlüssel dessen, dass wir eben insbesondere nicht nur unsere Abhängigkeit, Resilienz-Abhängigkeit, verringern können und Resilienz aufbauen können. Nein, wir haben insbesondere eben ökonomisch das Potential, weitere Produkte auf der gleichen Fläche, wo wir z. B. auch Getreide(anbau), Ackerbau durchführen, aufbauen zu können. D. h., wir haben, wir kommen weg von der vereinfachten Philosophie von Landnutzung, wo wir horizontal Monokultur, eine Ernte im Jahr, nachdenken würden, und erlauben uns, in dieser horizontalen Struktur vertikale Strukturen reinzubekommen. Die Idee, mehrere Ernten auf der gleichen Fläche im gleichen Jahr zu haben, das wäre wahrer Fortschritt, der Natur entgegen, und auch da können wir ja unser Wissen und unsere technologischen Möglichkeiten nutzen, um diese Komplexität beherrschbar zu machen. D. h. Agro-Forstwirtschaft, insbesondere, wenn man dort eben Obst, Beeren, Nüsse integriert, man kann auch Tiere in diese Systeme integrieren, hat ein unglaubliches ökonomisches Potential, nicht nur für die Bäuerinnen und Bauern, sondern aufgrund der hohen ökologischen und sozialen Leistungen eben auch für die Gesellschaft und auch für den Wettbewerbsstandort Deutschland. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und das Wort hat nochmal Kollege Bär.

Abg. Karl Bär (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz kurz versuche ich es, an Herrn Dr. Fuchs eine Frage zu stellen. Sie hatten in Ihrem Beitrag, den Sie schriftlich eingereicht haben, auch das Thema



Agrosprit angesprochen. Können Sie mir eine Einschätzung geben auf dieser Basis von den Vorschlägen, die im Raum sind, das zu reduzieren. Das ist glaube ich von Frau (Bundesministerin Steffi) Lemke (BMUV) ein Vorschlag zum Beispiel.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Fuchs, die Frage ging an Sie. Bitte schön.

Dr. Richard Fuchs: Ich muss nochmal kurz zurückfragen. Sie meinen, welche Möglichkeiten es gibt, diesen Spritverbrauch zu reduzieren?

Abg. **Karl Bär** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ja einen konkreten politischen Vorschlag im Raum, das bis 2030 ganz zurückzufahren und zwar mit einem schnellen Sprung, jetzt auch kurzfristig, den Frau (BMn Steffi) Lemke gemacht hat, auch eine Antwort auf den Angriffskriegen in der Ukraine.

Dr. Richard Fuchs: Also, mein Vorschlag wäre hier, dass es durchaus Einsparpotenzial gibt bei den Biokraftstoffen. Wie gesagt, wir fahren ja überwiegend Biodiesel. Das basiert wiederum auf Ölsaaten, die, wie ich schon genannt habe, importiert werden. Ich denke, wenn wir die Importabhängigkeit verringern wollten, wäre dieses Zurückfahren des Biokraftstoffs aus meiner Sicht ein guter Weg voran. Und es ist so, dass, wenn sie die Pflanze pressen, zum einen den Kuchen übrig haben, den wir als Futtermittel verfüttern können. Das Öl nehmen Sie für den Biodiesel. Ich denke, im gleichen Zug müsste es auch notwendig sein, insgesamt die Fleischproduktion in Europa zurückzufahren, um da, wie gesagt, die Importabhängigkeit zu vermindern. Und das, denke ich, ist ein adäquates Mittel, den Biokraftstoff da zurückzufahren.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir haben nur 40 Sekunden jetzt mehr mit der zweiten Runde zu verrechnen. Und dann fahren wir jetzt fort. Das Wort hat die (Fraktion der) FDP; es stehen sechs Minuten zur Verfügung. Und gemeldet hat sich Kollege Bodtke. Bitte schön.

Abg. **Ingo Bodtke** (FDP): Herzlichen Dank Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich

wenden an Herrn Christoph Minhoff, den Hauptgeschäftsführer des BVE. Die Ernährungsindustrie möchte im Hinblick auf Versorgungssicherheit einen hohen Selbstversorgungsgrad in Deutschland erhalten. Das ist verständlich, und wir haben auch schon eine ganze Menge Aspekte jetzt gehört. Aber dazu gehört auch, dass das Angebot von Lebensmitteln der kulturellen Vielfalt des Menschen in Deutschland gerecht werden muss. Der Verbraucher soll über Werbemaßnahmen die Möglichkeit haben, sich über die Produkte zu informieren, bevor er seine Kaufentscheidung trifft. Welche Konsequenzen hätte das geplante Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel für Kinder unter 14 Jahren für die Lebensmittelbranche? Trägt die Werbung für ungesunde Lebensmittel eine Mitverantwortung für das Übergewicht vieler Menschen bzw. Kinder in Deutschland? Und ist das der Schwerpunkt dafür?

Christoph Minhoff (BVE): Ja, vielen Dank für die Frage.

Der **Vorsitzende**: Die Frage ging an die BVE, Herrn Minhoff. Ich tue das nicht, um Sie zu ärgern, sondern nur, dass die Aufzeichnungen nachher nachvollzogen werden können, wer dann auch was gesagt hat. Herr Minhoff, Sie haben das Wort.

Christoph Minhoff (BVE): Ich war zu unkonzentriert. Vielen Dank für die Frage. Wir sehen jedenfalls keine wissenschaftliche Evidenz für eine Kausalität von Werbung und Übergewicht. Und ich glaube, die ist auch so bisher nicht erbracht. Grundsätzlich hat sich ja die Ernährungsindustrie aber auch in Eigenverantwortung auch verpflichtet, Werbung, die sich an Kinder richtet, zu regulieren. Dort, wo das nicht ausreicht, werden wir sicherlich im Gespräch auch bleiben und sein darüber, dass noch zu präzisieren und wie man hier noch besser werden kann. Ganz grundsätzlich ist aber das Problem, dass bei dem Entwurf, der im Moment vorliegt des BMEL, es ja eben nicht um Kinderlebensmittel geht, wie zunächst vermutet, oder auch nicht nur an Kinder gerichtete Werbung, sondern es geht darum, Werbung, die den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation (WHO), den Nährwertprofilen, nicht entsprechen, weitestgehend zu verbieten. Das betrifft 73 Prozent, je nachdem, wie man rechnet, bis 78 Prozent der derzeitigen Lebensmittel.



Dazu gehört z. B. dieses Lebensmittel (*zeigt auf eine Salzbrezen*), eine Salzbrezen, oder Butter oder Maultaschen oder was immer Sie sich aussuchen möchten, für die entsprechend nicht mehr geworben werden könnte. Wir halten das für eine nicht zielgerichtete Regulierung und lehnen die deshalb auch ab.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und das Wort hat wiederum Kollege Bodtke, bitte schön.

Abg. **Ingo Bodtke** (FDP): Die Ernährungsbranche ist der zweitgrößte Gasverbraucher der deutschen Industrie ...

Der **Vorsitzende**: Herr Minhoff (BVE), würden Sie das Mikro(fon) ausschalten? Danke schön. Kollege Bodtke, jetzt.

Abg. **Ingo Bodtke** (FDP): Ich fange nochmal an. Die Ernährungsbranche ist der zweitgrößte Gasverbraucher der deutschen Industrie und ist somit als kritische Infrastruktur vorrangig zu berücksichtigen. Die nach wie vor sehr hohen Energiekosten in Deutschland im Vergleich zu ausländischen Produzenten bedeuten eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der deutschen Lebensmittelindustrie und der deutschen Lebensmittelproduzenten. Die Frage, die sich daraus ergibt, auch an Herrn Minhoff (BVE): Welche Entlastungsmaßnahmen wünscht sich die Branche von der Politik, damit auch in Zukunft die heimischen Lebensmittelproduktionen und die Lebensmittellieferketten in Deutschland gesichert sind?

Der **Vorsitzende**: Die Frage ging wiederum an Herrn Minhoff (BVE). Bitte schön Herr Minhoff.

Christoph Minhoff (BVE): Ich bin lernfähig (*in Bezug auf die Benutzung des Mikrofon*). Ja, also zunächst einmal ist für uns wichtig, festzustellen, dass bei den Krisen, die wir in den letzten Jahren hatten, sowohl Corona, wie auch bei dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, vor allen Dingen die Frage von Priorisierung eine wichtige Rolle gespielt haben, inwieweit die Ernährungsindustrie priorisiert wird, beispielsweise bei bestimmten Maßnahmen, die während der Corona-Zeit notwendig waren. Hier ist im Nachhinein wirklich Dank

zu sagen, sowohl der alten wie der neuen Bundesregierung. Es war ein sehr konstruktives Miteinander mit der Wirtschaft. Auf der anderen Seite benötigen wir allerdings auch verlässliche Energiekosten. Energiekosten, die von den Unternehmen dann auch zu tragen sind und nicht im internationalen Wettbewerb dazu führen, dass die Produktionskosten in Deutschland sich nachhaltig verschlechtern. Deshalb ist einer der Wünsche, die wir haben, eine sichere, aber auch günstige Energieversorgung. Und hier vor allen Dingen auch wünschen wir uns, dass Strom deutlich günstiger wird als fossile Energie. Das ist ein Weg, der klug wäre und der auch beschritten werden soll. Wir hoffen, dass er dann am Ende auch tatsächlich erfolgreich ist. Wir brauchen allerdings auch noch weitere Entlastungen. Wir wünschen uns Entlastungen neben den bestehenden Preisbremsen für Gas, Wärme und Strom hinaus, gezielt für die Unternehmen und für die Branchen, die eine besonders hohe Energieintensität haben. Die Absenkung der Stromsteuer, Netzentgelte könnte auch hilfreich sein. Aber das ist ein Wunsch-dir-Katalog, von dem ich nicht weiß, ob die Politik den am Ende auch umsetzen kann.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und das Wort hat nochmal die FDP-Fraktion ... Kollege Bodtke verzichtet, prima. Dann fahren wir fort und kommen zur (Fraktion der) AfD. Es stehen insgesamt fünf Minuten zur Verfügung. Und es hat sich gemeldet Kollege Schattner, bitte schön.

Abg. **Bernd Schattner** (AfD): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an die Frau Pezda. Im Rahmen des *Green Deals* will die EU ja bis 2030 den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft pauschal halbieren, den Düngemiteleinsatz um mindestens 20 Prozent reduzieren und zehn Prozent der gesamten Ackerfläche stilllegen. Können Sie uns bitte aus der Praxis erläutern, was das aus Ihrer Sicht für Auswirkungen auf einen landwirtschaftlichen Betrieb hat. Ist das überhaupt betriebswirtschaftlich und finanziell noch darstellbar? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: So, die Frage ging an Frau Pezda. Bitte schön, Sie haben das Wort.



Kerstin Pezda: Ich bedanke mich für die Frage von Herrn Schattner und möchte Folgendes dazu anmerken: Zum Thema Pflanzenschutz sind wir bereits ja auf dem gewünschten Weg, der eingeschlagen wurde durch den *Green Deal*. Einzelne Wirkstoffe in den Mitteln werden sukzessive schon verboten und damit ja auch abgeschafft. Zudem haben wir bei diesen Mitteln in den letzten zwei Jahren in der Anschaffung eine Teuerungsrate beim Pflanzenschutz von rund 30 Prozent und in der Düngung von bis zu 600 Prozent spürbar miterleben müssen, womit sich ja eigentlich die Aussage schon bestätigt. Was tun wir eigentlich im Pflanzenschutz? Ich möchte es einfach auch mal erläutern. Wir schützen die Pflanzen ja vor Krankheiten und sorgen für ökonomische sowie nachhaltige Erträge. Wie in der Einleitung bereits erwähnt, werden die Maßnahmen des Pflanzenschutzes in den Betrieben genauestens dokumentiert und kontrolliert, denn nur mit gesunden und ausreichend versorgten Pflanzen können wir unsere 1 200 ha Brotgetreide, die ich auch erwähnt habe in meiner Einleitung einmal, produzieren, die auch an die Qualitätsparameter wie Eiweißgehalt und Fremdbesatz geknüpft sind. Nur so kann ja auch Brot produziert werden. In Bezug auf die Flächenstilllegung möchte ich jetzt folgendes anmerken, sind wir eigentlich nicht auf einem Weg. Also es ist nicht der gleiche, den wir hier in der Landwirtschaft gehen. Wenn ich die Flächen stilllege, dann geht eine weitere Wertschöpfung in der Landwirtschaft verloren. Während wir für einen ha Stilllegungsfläche ja jetzt momentan aktuell 700 Euro bekommen, über den Steuertopf finanziert, müssen wir diese Fläche aber auch aus der Produktion nehmen. Und können genauso gut, aber auch wenn ich die wieder reinnehmen sollte, oder ich behalte sie einfach drinnen, zehn t Brotgetreide einmal produzieren und dadurch wieder die Grundnahrungsmittel herstellen. Dieser Kontrast ist mir unbegreiflich und ökonomisch wie ökologisch nicht nachvollziehbar. Denn auch ein ha Weizen bindet ca. neun t CO₂ im Jahr, produziert sechs t Sauerstoff im Jahr und ein ha Mais schafft es sogar mit einer Bindung von 14 t CO₂ im Jahr, während die CO₂-Bindung der Stilllegung ja eigentlich fraglich ist. Zum Thema Biodiversität möchte ich aus der Praxis die Mutterkuhhaltung noch einmal anbringen, die wir bei uns, in unserem Betrieb, ja auch praktizieren. Auf unseren ca. 200 ha Grünlandfläche, die auch seit

2015 nicht mehr umgebrochen werden dürfen, betreiben wir eine ganzjährige Weidehaltung mit unserer 180 Stück starken Mutterkuh-Herde mit zwei belegten Fleischrinderrassen. Durch diese Haltungsform ist eine ökologische Vielfalt auf den Betrieben entstanden, welche die Biodiversität fördert, d. h., in dem die Insekten, Kleinstlebewesen, wir finden Mikroorganismen, und auch zur Bodenfruchtbarkeit wiederbelebt wird. Ja, sogar, habe ich mir neulich von dem Geschäftspartner sagen lassen, der Wiedehopf ist wieder da. Er benötigt eine insektenreiche Landschaft und auch Böschungen und eine lockere Vegetationsperiode, also Biodiversität sind wir auch mit dabei. Weiterhin ist anzumerken als begrenzter Faktor die Freigabe vom Gesetzgeber für den Anbau von Agri-PV, also Fotovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen, möchte ich hier einmal ansprechen. So kann ich folgendes Beispiel nennen aus der Praxis. Wir haben in unseren Betrieben ungefähr 600 Verpächter, von denen wir ständig angesprochen werden auf die Situation darauf hin, dass Investoren an diese herantreten, uns als bewirtschaftenden Betrieb umgehen und Preise aufrufen, bei denen wir als Grundnahrungsmittelerzeuger nicht mehr mithalten können. Um die Grundnahrungsmittelerzeugung jedoch zu schützen, dafür sind wir ja auch hier, sollte man bevorzugt beispielsweise vielleicht Dachflächen einmal anbieten, Gebäude mit Fotovoltaik zu bestücken, denn die Nahrungsmittelproduktion sollte nicht in Konkurrenz mit der Stromerzeugung im ländlichen Raum stehen. Und wie ich immer so schön zu sagen pflege. Was nutzt mir schon ein schöner Ökostrom, das ist alles toll, wenn ich aber am Ende kein Brot mehr auf dem Tisch haben darf. Wir sind jetzt immer (...), ich habe auch das Arbeitskräftemangel-Thema jetzt hier. Wir haben 80 Leute bei uns im Unternehmen in unseren beiden Agrarbetrieben angestellt. Und ich möchte es einmal hier anmerken, wenn ich schon mal was dazu beitragen darf. Täglich hört man in den Medien, Netzwerken und Betrieben von offenen Ausbildungs- bzw. Arbeitsstellen und auch Unternehmersterben aufgrund fehlender Arbeitskräfte im Land. Erstens möchte ich dazu anmerken, dass bei einer Arbeitslosenzahl im März 2023, laut der Bundesagentur für Arbeit, von 3,46 Mio. Menschen diese Situation einen Widerspruch für uns darstellt, und auch den ganzen Leistungsträgern im Land eigentlich nicht plausibel er-



scheint. Zweitens möchte ich noch einmal auf die Landwirtschaft zurückkommen. Der Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft hingegen wird nicht durch schlechte Bezahlung, schlechte Arbeitsbedingungen oder schlechte Arbeitszeitstrukturen verursacht, so wie es immer propagiert wird, sondern das ist ein Irrglaube. Dieser Mangel entsteht durch falsche Propaganda in den Medien und Netzwerken unseres Berufsstandes. Unser Image leidet. Danke für Ihr Zuhören.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und wir fahren fort. Den Abschluss in der Runde macht die Fraktion DIE LINKE.. Das Wort hat Kollegin Latendorf, bitte schön.

Abg. Ina Latendorf (DIE LINKE.): Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Vielen Dank für die bisherigen Beiträge an die Sachverständigen. Ich würde gerne angesichts der kurzen Redezeit, die wir haben, direkt an den ZVG, Herrn Christian Ufen, meine Frage richten. Welche Kulturen sehen Sie ganz konkret, z. B. bei Gemüse, bei der pauschalen Reduktion von Pflanzenschutzmitteleinsatz gefährdet?

Der Vorsitzende: Die Frage ging an den ZVG. Herr Ufen, bitte schön. Sie haben das Wort.

Christian Ufen (ZVG): Ja danke. Also welche Kulturen durch ein solches pauschales Verbot pauschal wegfallen würden, ist jetzt so im Vornherein ganz schwer zu sagen. Das hängt natürlich je nach den örtlichen Gegebenheiten, nach den natürlichen Bedingungen, ab. Hier und da können eher mal die tierischen Schaderreger, die nicht mehr bekämpft werden können, das Problem sein, oder bei anderen Witterungsbedingungen oder andern Kulturen die pilzlichen Schaderreger. Grundsätzlich kann ich sagen, würde ein solches Vorgehen auf jeden Fall ein ganz großer Strukturwandeltreiber sein, denn der Pflanzenschutz, sag ich mal so ein bisschen salopp, ist eher das ideale Werkzeug des kleinen Mannes. Das Bild der Pflanzenschutzspritze im Zusammenhang über Berichte der industrialisierten Landwirtschaft ist da oftmals ein Trugschluss. So manche Dinge können wir im Pflanzenschutz z. B. durch technische Maßnahmen ersetzen, aber Technik rechnet sich immer in der Größe. Technik führt immer zu großen Strukturen. Und insofern wäre

das ein Instrument, oder wäre das eine Lage, die diesen Strukturwandel nur unnötig befeuert.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und wir haben noch Zeit ein bisschen Zeit übrig. Kollegin Latendorf nochmal. Bitte schön.

Abg. Ina Latendorf (DIE LINKE.): Genau. Wenn Sie, ich richte meine Frage wieder an Herrn Ufen (ZVG), wenn Sie sozusagen diese Struktur vorhersehen, wo sehen Sie denn den Gemüsebau in zehn Jahren?

Der Vorsitzende: So, die Frage ging nochmal an Herrn Ufen (ZVG). Bitte schön. Sie haben das Wort.

Christian Ufen (ZVG): Wo sehe ich den Gemüsebau in zehn Jahren? Ich sehe im Moment etwas die Gefahr, dass wir aufgrund einer zu geringen Verlässlichkeit in den politischen Entscheidungen der letzten Jahre zu viele potenzielle Nachfolger verlieren. Und ich muss ein bisschen weiter ausholen. Wir brauchen auf jeden Fall auch die großen Betriebe. Auch das sind oftmals familiengeführte Betriebe. Auch die großen Gemüsebaubetriebe sind unbedingt notwendig, weil sie letztendlich innerbetrieblich eine hohe Innovationskraft haben. Aber was Sie brauchen für unseren Sektor, sind Menschen, die nicht nur diesen Beruf ausführen, sondern die diesen Beruf auch leben. Und das sind im Grunde genommen eher Menschen, die auch auf den Höfen, in den Gärtnereien groß werden. Und die müssen die Zuversicht haben, dass sie dort auch in Zukunft eine verlässliche wirtschaftliche Basis haben. Und diese großen Ziele, so richtig sie denn auch sein mögen, aber diesen pauschalen Dinge wie Reduktionsziele pauschal bei Pflanzenschutzmitteln, oder nehmen wir jetzt mal diese Diskussion auch beim Mindestlohn, verunsichern die Nachfolger. Moderner Gemüsebau ist oftmals mit langfristigen Investitionen gebunden. Und da brauchen sie Zuversicht. Und die geht manchmal dann doch verloren.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Das ist jetzt eine Minute, die wir dann in Anrechnung bringen. Wir kommen jetzt zur zweiten Runde und es geht wieder los mit der (Fraktion der) SPD. Es stehen insgesamt zwölf Minuten zur Verfügung und gemeldet hat sich die Kollegin Hagl-Kehl. Bitte schön.



Abg. **Rita Hagl-Kehl** (SPD): Vielen Dank. Meine erste Frage geht an Herrn Röhrig (BÖLW). Brauchen wir wirklich mehr Mineraldünger, wie es im Antrag auch steht? Ganz knapp und kurz.

Der **Vorsitzende**: So, Herr Röhrig (BÖLW), die Frage ging an Sie. Sie haben das Wort. Bitte schön.

Peter Röhrig (BÖLW): Vielen Dank für die Frage und das Wort. Wir brauchen Systeme, die deutlich effizienter mit Stickstoff umgehen. Wir blasen davon zu viel in die Luft. Es kommt zu viel im Grundwasser an. Das ist der große Fehler. Wir haben ein Anbausystem, was das sehr stark vermeidet. Das ist der ökologische Landbau, der dort eine sehr, sehr hohe Stickstoffeffizienz hat, indem er auf mineralischen Stickstoffdünger, der mit zumeist fossiler Energie hergestellt ist, verzichtet und viel stärker auf betriebliche Kreisläufe setzt und auf vielfältige Fruchtfolgen, die insgesamt über diese Vielfalt auch zu einer entsprechenden Minderung des Pestizideinsatzes führen. Chemische-synthetische Pestizide sind ja dort verboten und mit dem ökologischen Landbau haben wir faktisch ein Anbausystem am Start, was auf Basis der Freiwilligkeit gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern dort zu dieser gewünschten Minderung mit beiträgt.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und das Wort hat wiederum die (Fraktion der) SPD, Kollegin Hagl-Kehl.

Abg. **Rita Hagl-Kehl** (SPD): Genau. Herr Röhrig (BÖLW), da würde ich jetzt auch nochmal, Sie haben mir ein Stichwort jetzt geliefert, und das andere Stichwort, das kam eben gerade ja von Frau Pezda, wenn ich richtig gehört habe, dass man, um guten Weizen zu produzieren oder gutes Getreide zu produzieren, unbedingt Pflanzenschutzmittel braucht. Und Sie haben jetzt genau das Gegenteil davon gesagt. Können Sie das vielleicht mal ausführen?

Der **Vorsitzende**: Herr Röhrig (BÖLW), Sie haben das Wort.

Peter Röhrig (BÖLW): Danke schön, also mit vielfältigen Fruchtfolgen besteht die Notwendigkeit von Pflanzenschutzmitteleinsatz nicht oder deutlich herabgesetzt, muss man klar sagen. Wenn es

um, es ging ja vor allen Dingen auch um die Frage jetzt nochmal des Eiweißgehaltes, das Sie angesprochen hatten. Dort sind die Landwirte ja tatsächlich in einer *Sandwich*-Situation. Wir wissen, dass wir auch mit deutlich niedrigeren Klebergehalten, also Eiweißgehalten im Getreide, sehr gute Backqualitäten erzielen können. Das ist eine Frage des Bäcker-*Know hows* dort im Bereich der Teigführung. Es ist dann etwas anspruchsvoller für den Bäcker, aber es ist ohne weiteres möglich, dort auch aus Futterweizen beispielsweise vernünftige Brötchen zu backen. Da gibt es gute Beispiele und ich glaube, da brauchen wir insgesamt ein besseres Zusammengehen zwischen Landwirtschaft und dem Verarbeitungsgewerbe, auch mit den internationalen Märkten eine höhere Toleranz gegenüber Sorten, die eben mit nicht zu einem hohen Stickstoffüberschuss erzeugt werden müssen, weil sozusagen ich muss so stark aufdüngen, um diesen Eliteweizen zu erzeugen, dass es eigentlich kaum vernünftig umweltverträglich hinzubekommen ist. Da müssen wir ja die Standards in der Verarbeitung auch nochmal anschauen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und das Wort hat wiederum die (Fraktion der) SPD, Kollegin Hagl-Kehl.

Abg. **Rita Hagl-Kehl** (SPD): Genau. Danke schön. Und da schieße ich gleich nochmal eine Frage nach. Es ist ja auch schon mal das Thema heute gewesen, Gentechnik also CRISPR/Cas und solche neuen Anbaumethoden. Wie sehen Sie jetzt den Anteil? Kann man mit dieser neuen Gentechnik wirklich dafür sorgen, dass wir jetzt die Ernährungssicherheit auf der Welt oder so ungefähr dann herstellen? Oder was halten Sie da davon?

Der **Vorsitzende**: Die Frage ging wieder an die BÖLW. Herr Röhrig, bitte schön.

Peter Röhrig (BÖLW): Ja, auch nochmal danke für diese Frage. Ich hole ein kleines bisschen aus. Wir haben vorhin die Frage bewegt, wie kriegen wir unsere Agrarmärkte, die Qualitätsproduktion in Deutschland und Europa auf dem Weltmarkt gestärkt und nicht zu austauschbar. Die Gentechnik ist ja gerade ein Instrument aus Agrarmärkten, also da sind wir ja, also, das ist sehr importrelevant. Während wir mit unserer gentechnikfreien Produk-



tion in Deutschland und Europa im Grunde a) gegenüber den Verbrauchern hier, aber auch gegenüber den Exportmärkten ein Qualitätskriterium haben, mit dem wir viel besser an diesen Märkten bestehen können. D. h., wir sollten doch alles tun, um unsere Instrumente zu nutzen, uns am Weltmarkt auch abzugrenzen. Das gelingt ja sehr gut. Auch der Bereich Lebensmittel ohne Gentechnik entwickelt sich sehr gut, auch in schwieriger Zeit. Auch für den Exportbereich ist das relevant. Von daher ein Plädoyer, diese Chance der Marktgestaltung tatsächlich zu nutzen, einen Teil der Probleme, die wir angesprochen haben, hier auch, ich sage mal, zu umgehen. Der Antrag tut ein bisschen so, als wenn die Gentechnik würde verboten werden sollen. Das ist ja nicht der Fall, sondern wir haben ein Regulatorium. Demnach sind diese neuen Gentechnikverfahren erlaubt, sie müssen halt zugelassen werden, gekennzeichnet werden, risikogepüft werden und das ist selbstverständlich unsere Erwartung, dass das auch so bleibt, weil der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat ja klar festgestellt, das ist Gentechnik und dann soll man es bitte auch entsprechend so regulieren, da spricht nichts dagegen. Und was unsere Forderung ist, wir brauchen die Transparenz für die Verbraucher, für die Landwirte, fürs Verarbeitungsgewerbe, wir brauchen eine vernünftige Risikobewertung, und wir wollen natürlich auch ein Verursacherprinzip bei Folgeschäden dort, wo angebaut wird, wenn auch beispielsweise nicht zugelassene Konstrukte in Umlauf kommen, gibt es immer wieder beträchtliche Kosten für die Lebensmittelwirtschaft, die dort entstehen. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, was wir dort betreiben und einfach dort zu sagen, das hat ein großes Potenzial und deswegen müssen wir das machen, ist so, glaube ich, nicht haltbar. Da bin ich konkreter bei Ihrer Frage, Frau Hagl-Kehl, bisher sind es ja Versprechen, es waren die letzten 20/30 Jahre Versprechen, bis jetzt sind es auch Versprechen. Wir können, glaube ich, gut schauen und abwarten, was passiert wirklich damit. Auch in den deregulierten Märkten ist nicht zu sehen, dass dort wirklich etwas passiert, was unsere Probleme löst, auch der Gentechnik- oder der CRISPR/Cas-Raps, der neue Gentechnik-Raps, der da unterwegs ist, ist auch wieder eine Pestizid-Resistenz. Das ist jetzt ja nicht das, was eine Innovation ist, muss man sagen, sondern das ist mehr vom Selben und führt uns

eigentlich in die ökologische Sackgasse, in der wir auch mit der Form der überintensivierten Landwirtschaft stecken, die zu diesen, überhaupt zur Idee des *Green Deals* geführt haben und führt erstmal nicht aus der Sackgasse raus und ja nicht zuletzt ist es eine patente Frage und eine Unabhängigkeitsfrage. Es war auch schon angesprochen. Das ist, wir wollen, wenn wir die Landwirtschaft resilient und souverän halten wollen, dann hilft es nicht, sie in Patentstreitigkeiten zu verstricken, da hilft es nicht, von einem multinationalen Konzern in einem anderen Land der Welt abhängig zu sein, ob ich dieses Produkt noch anbauen darf oder nicht. Wir wissen in den Märkten oder in den Ländern, wo dort viel angebaut wird, zu welchen Streitigkeiten das führt. Wir wissen auch, dass bei den neueren Verfahren noch Streitigkeiten gerade um diese Patente ausgetragen werden. Von daher ist es auch eine, ja aus der Perspektive des ökologischen Landbaus, für den es ja gesetzlich untersagt ist, es einzusetzen, aber es gehört ja auch zu seinem Gründungsimpuls, diese Unabhängigkeit auf diese Betriebe zurückzubringen. Eben keine Abhängigkeit von zu viel Industrie, links, rechts, die Wertschöpfung auf den Hof wieder zurückzuführen, die Kreislaufwirtschaft zu stärken. Auch das Potenzial eines gesunden Pflanzenbaus, einer gesunden Tierhaltung entsprechend aus der eigenen Regie heraus zu heben, stärker zu heben, als immer viel Geld dort an die Lieferanten zu geben. Mit den Patenten würde genau das ausgehebelt. Die Parteien im Bundestag sind sich ja auch einig, dass sie diese Patente auf Nutzpflanzen und Nutztiere nicht wollen. Bitte deklinieren Sie das durch, was das für die Gentechnik heißt. Das ist definitiv nicht gelöst. Wer einseitig sagt, er ist jetzt für die Deregulierung der Gentechnik, der sagt, er will die Bauern in die Patentstreitigkeiten treiben. Er will auch den Krieg auf die Dörfer bringen, wenn dort Streitigkeiten zwischen Nachbarn kommen, um die Fragen der Koexistenz. Und das ist es meines Erachtens alles nicht wert, sondern lassen Sie uns dort mit kühlem Kopf drauf schauen, was ein guter Entwicklungsweg für die deutsche und europäische Landwirtschaft ist und mit welchem Verfahren wir tatsächlich etwas gewinnen können. Wir haben eine, es war vorhin auch angesprochen zum ökologischen Landbau, irgendwas mit Ideologie, wenn ich es im Kopf habe, wir haben ja eine massive Überförde-



zung dieses Gentechnikbereiches, wenn ich auf die Züchtungsforschung schaue, auf die Gentechnikforschung schaue und wir haben eine absolute Unterförderung dort im Bio-Bereich. Wenn ich mir anschau, was dort an Milliarden (Euro) versenkt wurde und wo ich keine richtige Wirkung auf die Umwelt sehen kann, was dort auch an Konstrukten unterwegs ist, dann ist das sicherlich nicht der Weg, mit dem wir dort wirklich weiterkommen, sondern wir brauchen dort die Vielfalt, und dazu zählt auch die von diesen unter zwei Prozent der Forschungsförderung für den ökologischen Landbau und da zählt eine Züchtung mit hinein, da auch weg von zu kommen, sondern das auch zu stärken, dass wir nicht nur einseitig auf ein Pferd setzen mit der Gentechnik. Danke schön.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und das Wort hat wiederum die (Fraktion der) SPD. Kollegin Hagl-Kehl, bitte schön.

Abg. Rita Hagl-Kehl (SPD): Vielen Dank. Ich würde jetzt mal noch eine Frage an Herrn Professor Strohschneider richten und zwar, ob Sie glauben, dass es eben langfristig im Interesse der Landwirtinnen und Landwirte ist, wenn wir sagen, dass wir die Produktion ausweiten sollen? Das wurde ja heute öfter gesagt, wir müssen mehr in Deutschland produzieren oder mehr auch in Europa produzieren. Glauben Sie, dass das unseren Landwirtinnen und Landwirten hilft, wenn wir ihnen sagen, wir müssen die Produktion jetzt hochfahren?

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Die Frage ging an Herrn Professor Strohschneider. Bitte schön, Herr Professor, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Peter Strohschneider: Vielen Dank. In dieser Pauschalität, glaube ich, ist das eine Forderung, die in ein produktivistisches Paradigma gehört, das das System ziemlich hart an die Wand gefahren hat, um das mal so deutlich zu sagen. Also die sowohl ökologische wie ökonomische Nicht-Tragfähigkeit des gegenwärtigen Systems ist, glaube ich, eine Folge dieses expansionistischen oder produktivistischen oder intensivistischen Paradigmas, wie immer Sie es nennen wollen, und Resilienz ist natürlich das Gegenteil. Resilienz heißt, Geld einzusetzen für ein System, das nicht sofort im nächsten Quartal sozusagen sich von alleine refinanziert,

sondern das in einer (langfristigen,) mittel- und langfristigen Perspektive zu tun. Auf der anderen Seite, also wenn man erst mal von dieser pauschalen Ebene herunterkommt, dann kommt man dort hin, würde ich sagen, wo es interessant ist. Also die ZKL würde sagen, dass der Selbstversorgungsanteil bei Obst und Gemüse erhöht werden muss und dass 20 Prozent viel zu wenig sind. Und es ist ja klar, was das für Folgen hat bei Flächennutzungs-Konkurrenzen, was das für Folgen hat im Hinblick auf die Düngung, im Hinblick auf den Pflanzenschutz und so weiter. Aber ich will (also gewissermaßen) auf eine differenzierte Antwort hinaus. Wenn die Selbstversorgungsanteile in bestimmten Bereichen erhöht werden, dann haben wir alle etwas davon. Das ist ein gesamtgesellschaftlicher Ertrag. Wenn wir Risikostreuung, also Sicherung betrieblicher Risiken erzeugen, nicht über staatliche Subventionierung gewissermaßen, die nicht an *Outputs* gebunden ist, sondern wenn wir ein Risikostreuung durch eine Diversifizierung der Betriebsformen, der Produktionsformen, der ökonomischen Modelle, die dahinter liegen, und d. h. also auch, der Funktionen der Agrarproduktion erreichen, dann kann man sich durchaus sofort in eine argumentative Richtung begeben, wo bestimmte Produktivitätssteigerungen, also in der Schaffung von Biodiversität, im Humus-Aufbau, bei der CO₂-Speicherung und so weiter, wo solche Produktivitätssteigerungen erwünscht sind. (Es sind) aber nicht Produktivitätssteigerungen in (einem) sozusagen kurz(fristig) gerechneten Effizienz-, also *Input-Output*-Relationen, im eng führenden Paradigma, sondern Produktionssteigerungen, die langfristig die Diversität und die Widerstandsfähigkeit, die ökonomische wie die ökologische Fruchtbarkeit des Systems steigern. Also die Diskussionen werden immer so geführt, bist du für Düngung oder dagegen? Und man kann nur entweder für oder gegen Düngung sein. Man kann nur entweder für oder gegen Pflanzenschutz sein und ich glaube, das geht an der enormen Komplexität des Agrarsystems einfach vorbei. Und wenn Sie mir das erlauben – weil ich nicht vom Fach bin, obwohl der Titel Sachverständiger so tut, als ob man es wäre, aber ich will nur mal sagen, es nicht meine eigene Selbstbeschreibung – dann würde ich sagen, dass die Agrarpolitik dadurch gekennzeichnet ist, dass sie immer mit übergeneralisierten Sätzen funktioniert. Also ich kann mich jederzeit in eine



Talkshow setzen, Entschuldigung Herr Färber, ich höre sofort auf, aber ich könnte mich jederzeit in eine Talkshow setzen und kann sagen, das deutsche Agrarsystem ist ökonomisch kaputt. Nehmen Sie nur mal die Schweinehaltung. Ich kann mich aber auch da hinsetzen und sagen, das deutsche Agrarsystem brummt wie eh und je. Nehmen Sie nur mal die Zuckerrüben. Und beide Sätze sind wahr, aber sie besagen nichts. Und der ganze Aufwand der ZKL, wenn ich jetzt dafür nochmal sozusagen die Werbeeinblendung machen darf, war, von diesem Typus von Argumentationen herunterzukommen zu einer sehr viel sachangemesseneren, dann auch gesellschaftlich tragfähigeren Form der agrarpolitischen Debatte. Dafür werbe ich.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank Herr Professor. Und wir fahren fort in der Runde. Das Wort hat die CDU/CSU-Fraktion; es stehen elf Minuten zur Verfügung. Und gemeldet hat sich Kollege Auernhammer, bitte schön.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Herr Prof. Dr. Strohschneider, ich darf Ihnen gleich die Gelegenheit geben, Ihre Ausführungen weiter zu machen. Weil Sie haben deutlich angesprochen, es gibt nicht dieses Schwarz-Weiß-Denken, das funktioniert auch nicht. Und darum muss ich auch den Eindruck hier widerlegen, den die Kollegin (Rita) Hagl-Kehl (SPD) hier erwähnt hat, dass wir fordern, mehr Mineraldünger einzusetzen. Im Gegenteil, wir wollen das effektiver einsetzen und vielleicht ist es hilfreich, wenn wir unsere Anträge auch genauer lesen. Aber wir haben auch, was jetzt die tierische Produktion, Herr Professor, anbelangt, ja auch eine sehr vielfältige Struktur in Deutschland. Wir haben den gesellschaftlichen Willen, dass wir die Tierhaltung umbauen. Jetzt gab es den Vorschlag der sog. Borchert-Kommission, diesen Umbau der Tierhaltung auch zu finanzieren. Wir haben jetzt einen Vorschlag der „Ampelkoalition“ mit dem Tierhaltungskennzeichen, wie das in einem ersten Schritt wahrscheinlich dann funktionieren soll. Sehen Sie hier den richtigen Weg? Sehen Sie hier die Ergebnisse Ihrer ZKL widerspiegelt in diesem Gesetzesvorschlag von der „Ampel“ oder befürchten Sie wie ich, dass das Thema „Borchert-Kommission“ eigentlich ja nicht mehr auf der politischen Tagesordnung ist bei dieser Regierung?

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Die Frage ging an Herrn Prof. Dr. Strohschneider. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Peter Strohschneider: Dann ist aber die Frage, was wäre schlimmer? Das weiß ich nicht, ich kann es nicht wirklich bewerten. Es ist klar, dass es sozusagen im Moment Spannungen gibt, dass die „Borchert-Kommission“ im Moment jedenfalls zwar fortbesteht, aber nicht weiter arbeitet, und dass darin sich ein politischer Konflikt ausdrückt. Es ist auch klar, dass die ZKL sich die Vorschläge der „Borchert-Kommission“ ganz zu Eigen gemacht hat (, ganz zu Eigen gemacht hat und sie erweitert hat). Und sie erweitert hat, weil sie nämlich, systematisch gesprochen, den tierethischen Aspekt im Hinblick auf die Haltungsformen um den umweltpolitischen, klimapolitischen zu erweitern versucht hat; das ist gewissermaßen das, was systematisch dazu gekommen ist. Aber dass insgesamt der Umbau der Tierhaltung erforderlich ist, aus tierethischen, wie aus ökologischen, wie aus ökonomischen Gründen, ich sag es immer wieder, das ist der Konsens der ZKL gewesen und es ist auch hier (ihr) Konsens gewesen, dass das nicht alleine über Marktmechanismen erzeugt werden kann, sondern dass es dazu eine öffentliche Förderung braucht und dass die gerechtfertigt ist, und zwar aus ökologischen wie aus wiederum ökonomischen und tierethischen Gründen. Allerdings laufen die Empfehlungen der ZKL nicht darauf hinaus, den quantitativen Status quo in der Tierhaltung für einen Wert an sich zu halten. Sondern schon aus klimapolitischen Gründen ist die ZKL der Auffassung, dass der Gesamtbestand der Tierhaltung in der Bundesrepublik schrumpfen sollte. Aber nicht durch die Vorgabe von Höchstmarken oder so etwas, sondern – ich habe das vorhin schon angedeutet – über eine Nachfrageinduzierung. Über veränderte Ernährungsgewohnheiten und eine sinkende Nachfrage nach tierischen Produkten rechnet die ZKL fest damit, dass es zu einer Reduktion der Tierhaltung kommt. Und zwar so, dass die bestehenden Betriebe, die nicht in andere Produktionssysteme sich hin verändern, gleichwohl ökonomisch tragfähig sind, das ist die Annahme. Und diese Annahme – wenn ich das vielleicht noch dazu sagen darf, weil von den Handelssystemen, von den europäischen wie von den globalen Handlungssystemen gesprochen worden ist: Die ZKL jedenfalls ist nicht der



Auffassung, bestimmte Dinge zu verändern, unter im Übrigen unveränderten Rahmenbedingungen. Das ist nicht unsere Auffassung, sondern wir haben davon gesprochen, dass es *Level Playing Field*-Regelungen geben muss, dass *Border Adjustments* sich verändern müssen und dass man natürlich nicht auf einem sozusagen entregelten globalen Markt soziale und ökologische Standards erhöhen kann, wenn ich nicht andere, die zu schlechteren Standards produzieren, darauf verpflichte, sich die Standards, die wir aus umweltpolitischen, aus klimapolitischen, aus sozialpolitischen und aus ökonomischen Gründen für erforderlich halten, dass sie diese Standards für sich für verbindlich halten. Und natürlich heißt es, dass man irgendwie an WTO-Regeln (heran) muss. Das heißt nicht, dass (man) das einfach (wird. Aber), das ist keine gottgegebene Ordnung, sondern die haben wir gemacht. Und es heißt, dass es gesellschaftliche Konflikte neuen Typs gibt, weil natürlich der deutsche Maschinenbau völlig andere welthandelspolitische Interessen hat als das deutsche Ernährungssystem. Aber wenn immerhin sozusagen das Nahrungs- und Agrarsystem mal dazu (dahin) käme, seine gemeinsamen welthandelspolitischen Interessen zu formulieren, dann könnte man ja in den politischen *Clinch* gehen mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen und anderen ökonomischen Teilsystemen. Das, glaube ich, muss passieren, ist noch nicht passiert, wird passieren und es ist nicht spaßig. Das glaube ich gar nicht, dass das irgendwie spaßig ist, aber ich glaube, dass es erforderlich ist.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und das Wort hat wieder die CDU/CSU-Fraktion. Kollege Auernhammer, bitte schön.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Eine kurze Nachfrage, Herr Dr. Strohschneider. Wird sich das nicht auch auf die Strukturen der landwirtschaftlichen Betriebe auswirken? Ich denke gerade an die familiengeführten Betriebe, die Tierhaltung oft haben. Sehen Sie hier nicht einen erheblichen Strukturwandel und damit auch eine Veränderung des ländlichen Raums?

Der **Vorsitzende**: Herr Professor Strohschneider, bitte schön.

Prof. Dr. Peter Strohschneider: Entschuldigung. Das würde ich schon sagen Herr Auernhammer, aber wir haben ja einen dramatischen Strukturwandel in der Landwirtschaft. Und die Frage ist ja, befördert man den (Beitrag) gewissermaßen. Also die Produktionsmenge(n), die Tierbestände nehmen ja nicht ab, die Betriebszahlen nehmen ab. D. h., wir haben einen Expansionsprozess auf der einzelbetrieblichen Ebene und der ist ziemlich dramatisch, der läuft seit über 30 Jahren oder seit 50 Jahren, im Grunde seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir haben eine dramatische Verschiebung von Arbeitskräfte-Einsatz zu Kapitaleinsatz, der die ganze (Ökonomie,) betriebswirtschaftliche Ökonomie der Lebensmittelproduktion durchgreifend verändert. Und das Argument der ZKL, ich referiere das einfach nur, das Argument der ZKL wäre, dass es erwünscht ist, diversere Betriebsstrukturen zu haben und diversere Produktionsformen in den einzelnen Betrieben zu haben, weil diese Diversität die Risikofestigkeit der Betriebe steigert. Und dazu gehört das ganze System regionaler Nährstoffkreisläufe, das ganze System regionaler Vermarktungen. Die ZKL hat eine deutliche Präferenz für bäuerliche Betriebsstrukturen. Das ist, glaube ich, offenkundig. Das kann man auch kritisieren, ist auch kritisiert worden. Dann muss man sich auf diese Debatte einlassen. Aber die Präferenz, die sie hat, ist eine Präferenz, den Strukturwandel, der tatsächlich stattfindet, so zu verlangsamen, so umzusteuern, das ist vielleicht ein zu großes Wort, aber jedenfalls die Möglichkeit zu schaffen, dass in diesem Strukturwandel bäuerliche Betriebe eine sehr viel größere Chancen haben als sozusagen weitere Oligopol-Strukturen in der Lebensmittelproduktion. Und das haben wir schon, ein letztes Wort dazu, das haben wir schon sehr deutlich auch diskutiert vor dem Hintergrund der Entwicklung ländlicher Räume, der Soziologie ländlicher Räume, des gesellschaftlichen Zusammenhalts zwischen Stadt und Land, zwischen denen, die Lebensmittel produzieren, und denen, die Lebensmittel konsumieren. Da entstehen ja strukturelle Missverständnisse, die man irgendwie als gesellschaftliche Entfremdung auffassen kann und die enorme gesellschaftliche Kosten haben; und das wird unter diesem Stichwort ländliche Entwicklung irgendwie ein bisschen verkürzt dargestellt. Wir haben in den zehn Monaten, die



wir da gearbeitet haben, das auch nicht in der nötigen Breite ausgeführt. Und das geht hin, weil hier Wissenschaftlerkollegen sind, bis zu dem Umstand, dass es in Deutschland genau noch eine Professur für Agrar-Soziologie gibt, eine einzige, also eine einzige Spezialistin, die sich damit befasst, wie ist die Soziologie von Dörfern, wie sind die gesellschaftlichen (Verhältnisse) im ländlichen Raum? Das ist Frau Neu in Göttingen. Und das sind ziemlich deplorable Entwicklungen, die ziemlich umfassende gesellschaftliche Kosten mit sich bringen. Die sind noch gar nicht bei den Externalisierungssummen irgendwie mit berechnet, sondern die laufen immer noch sozusagen ungesehen nebenher.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und das Wort hat wieder die CDU/ CSU-Fraktion. Es hat sich gemeldet Kollege Thies, bitte schön.

Abg. **Hans-Jürgen Thies** (CDU/CSU): Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich hätte dann eine Frage an den Vertreter des ZVG. Sie haben vorhin schon ein doch recht ernüchterndes Bild gezeichnet, aber was den Selbstversorgungsgrad bei Obst und Gemüse betrifft, 20 bzw. 33 Prozent, das ist natürlich unbefriedigend. Wir haben Rahmenbedingungen, die hier in Deutschland schwierig sind. Wir haben sehr hohe Löhne, Mindestlöhne, was sich auch gerade im Erntehelferbereich auswirkt, wir haben ungünstige oder schwierige klimatische Voraussetzungen. Ich denke an Spätfröste, Hagel etc.. Was müsste sich denn aus Sicht Ihres ZVG konkret in Deutschland ändern, um in Deutschland den Selbstversorgungsgrad dennoch zu erhöhen bei Obst und Gemüse?

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Die Frage ging an den ZVG, Herr Ufen, bitte schön.

Christian Ufen (ZVG): Danke. Ja, die klimatischen Bedingungen, die können wir natürlich nicht ändern und das Thema mit dem Mindestlohn, das ist natürlich leidig. Aber gerade in der heutigen Zeit ist natürlich auch eine gewisse Lohnhöhe auch hier bei uns natürlich notwendig, als ich es kurz vorhin angesprochen habe und kritisiert hatte, ging es mir weniger um die Lohnhöhe, sondern mehr, wie die Politik damit umgeht. Aber jetzt, wie können wir denn jetzt den Gemüse- und Obstbau, also den An-

bau von Sonderkulturen, fördern? Ganz einfach, wir brauchen auf anderen Gebieten dann entsprechende Instrumente, um auch eine gewisse Produktivität zu erreichen, die ein solches Lohnniveau rechtfertigt und dazu gehört z. B., dass wir in anderen Bereichen bessere Werkzeuge haben. D. h. z. B., wenn wir jetzt wieder beim Pflanzenschutz sind, wir brauchen die mal von der Politik zugesagten drei Wirkstoffe je Anwendungsgebiet, insbesondere bei den zahlreichen kleinen Kulturen im Gemüsebau. Wir brauchen bei der Risikovorsorge, wo wir erhebliche Nachteile haben gegenüber unseren europäischen Konkurrenten, brauchen wir eine Unterstützung auch bei den entsprechend angepassten Versicherungslösungen und wir brauchen bei der Weiterentwicklung auch zu mehr Nachhaltigkeit in der Produktion, wir müssen die Forschung erhalten, wir müssen die Beratung erhalten. All das muss funktionieren, dann können wir in Deutschland weiterhin Gemüse und Obst anbauen. Wir können das dann auch noch in einigen Kulturen ausdehnen, und wir können die Löhne zahlen, die notwendig sind und die wir auch gerne bezahlen wollen. Danke.

Der Vorsitzende: Dann vielen Dank Herr Ufen (ZVG). Wir fahren fort in der Runde und das Wort hat nun die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es stehen noch ca. sechseinhalb Minuten zur Verfügung. Bitte schön Kollege Bär.

Abg. **Karl Bär** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für die Worterteilung. Ich versuch mich auch kurz zu halten mit den Fragen und möchte nochmal eine Frage an Herrn Bösel stellen, auch nochmal anknüpfend an eine Geschichte, die wir jetzt eigentlich schon bei den meisten Rednern und Rednerinnen hatten, nämlich die Reduktion von Pestiziden. Aus der landwirtschaftlichen Praxis mit regenerativer ökologischer Landwirtschaft wie sieht so ein System aus, in dem man weniger oder keine Pestizide mehr braucht?

Der Vorsitzende: Die Frage ging an den Herrn Bösel. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Benedikt Bösel: Herzlichen Dank. Was wir im Grunde genommen über die unterschiedlichen Methoden der regulativen Landwirtschaft versuchen,



ist im Grunde genommen zu schauen, was sind die konkreten Bedarfe des ökologischen Kontexts? Und was sind auch die Herausforderungen, insbesondere auf die Zukunft unserer ökologischen und regionalen Gegebenheiten. Und mit der Analyse verbunden überlegen wir uns, was gibt es für natürliche Methoden, um auf diese Herausforderungen, auf diese Probleme, aber auch die Potenziale eingehen zu können. Und die Klassiker, ich weiß, das wird jetzt besonders freuen, ist eben Kompostierung. Eine weitere Methode ist eben das Thema Agroforst, auch die Einbindung der Tierhaltung in einem Rahmen des ganzheitlichen Weidemanagements auf die Ackerflächen hat ein unglaubliches Potential, insbesondere, wenn wir damit Dinge, die wir heute ausschließlich anbauen für den Bodenschutz, für die Bio-Diversität, also Untersaaten, Zwischenfrüchte, durch die Tiere eine Erweiterung auch ökonomischer Nutzung zufügen können. Und ich glaube, was einfach nochmal ganz wichtig ist zu verstehen, wir haben in den letzten 40/50 Jahren den Fokus darauf gelegt, so viel zu produzieren und das so günstig wie möglich. Das bedeutet, unser wissenschaftliches System und der wissenschaftliche Fokus, die Technologieentwicklung, die Bildung und Ausbildung, die Finanzierung von der Landwirtschaft wurde nach diesem Kalkül mit dominiert. Das bedeutet, dass wir die ganzen Methoden, die die Bäuerinnen und Bauern brauchen, um den gesellschaftlichen und ökologischen Anforderungen überhaupt gerecht werden zu können, überhaupt gar nicht zur Verfügung stellen können. Wir wissen de facto heute noch nicht, was möglich ist, über Kompostierung, wir wissen de facto nicht, welche ökonomischen Potenziale wir über Agroforst haben. Wir wissen de facto nicht ausreichend, wie wir unsere Abhängigkeiten auch auf synthetische Düngemittel, aber eben auch auf synthetischem Pflanzenschutz reduzieren können, indem wir anfangen, die regionale ökologische Komplexität von unserem Produktionssystem besser zu begreifen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und das Wort hat nochmal (die Fraktion) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kollege Bär.

Abg. **Karl Bär** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun greife ich das Stichwort mit dem Kompost auf. Wir haben ja tatsächlich, Herr Peter Röhrig (BÖLW) hat

es gerade schon angesprochen. Wir waren mit dem Ausschuss mit einigen Leuten in Afrika. Wir haben sehr viele Komposthaufen gesehen. Das war so ein bisschen der *Running Gag* dieser Reise. Aber ich finde es sehr spannend, weil die Situation jetzt in Brandenburg und auch mit einem eher sehr großen Betrieb, ich komme auch wie (Abg.) Artur Auernhammer (CDU/CSU) aus einer Gegend, wo die Betriebe eher klein sind, mir erst einmal das nicht als die erstbeste Lösung erscheinen lässt. Können Sie uns vielleicht noch ein bisschen mehr über den Kompost in der konkreten Praxis von einem recht großen Betrieb in Brandenburg erzählen?

Der Vorsitzende: Die Frage ging wieder an den Herrn Bösel. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Benedikt Bösel: Vielen Dank. Also erstmal freut es mich, dass das bei Ihnen in dieser Form durch den Humor hängen bleibt. Mir wird immer gesagt, ich soll kurze Sätze sprechen und das möglichst in Bildern ausgesprochen. Wenn sie also über das Thema lachen, verstehe ich, dass Sie das auf jeden Fall heute mitnehmen. Das wäre schon mal ein großer Erfolg. Die Kompostierung ist im Grunde genommen relativ einfach zu verstehen. Wenn wir einfach uns als Mensch als Beispiel nehmen, verglichen mit einem Boden und dem Ökosystem. Wir tragen in unserem Körper circa 1,5 Kilogramm (kg) an Bakterien. Die sind das, was uns und unsere Körper am Leben halten. Und genau das Gleiche ist in einem gesunden Boden der Fall, das heißt, die Biologie ist im Grunde genommen das, was uns überhaupt erst befähigt, Humus aufzubauen. Das, was wir ja wollen, die Böden zu gesunden, Kohlenstoff im Boden zu speichern, und der Schlüssel für diese Biologie ist eben u. a. die verschiedene Verwendung von Kompostierung, Pflanzenfermenten, effektive Mikroorganismen, denn die befähigen uns, eine breite Diversität an Bakterien, an Pilzen, an Mikroben, eben wieder zurück in den Boden zu bringen. Und Kompostierung ist eben nicht ein paar Bananenschalen irgendwo im Hausmüll sozusagen zu verscharren. Nein, es ist eine hochkomplexe, wahnsinnig spannende, technische, wissenschaftliche Möglichkeit, um eben diese so sehr geschundene Biologie wieder zurück in unsere Äcker und nicht zuletzt auch in unsere Därme zu bringen. Vielen Dank.



Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Bösel. Das Lachen im Raum galt jetzt nicht Ihren Aussagen, sondern es bezog sich tatsächlich auf die von (Abg.) Karl Bär (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gemachte Aussage unserer letztjährigen Afrika-Reise, bei der wir gefühlt jeden Komposthaufen Afrikas angeschaut haben, aber natürlich auch die Bedeutung für die Düngung in einem Land, wo nur sehr begrenzt Mineraldünger zur Verfügung steht und wo es auch viele degradierte Böden gibt, auch diese Bedeutung haben wir da kennengelernt. Aber ich wollte nur klarstellen, dass hat sich jetzt nicht auf Ihre Aussage bezogen. So, aber jetzt fahren wir fort. Karl, Entschuldigung. Kollegin Mayer bitte schön.

Abg. **Zoe Mayer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke sehr. Ich würde gerne nochmal einen kurzen Themensprung machen zum Herrn Dr. Fuchs, auch durch die schriftlich eingegangene Stellungnahme zum Thema Fleischkonsum und tierische Produkte. Da gehen Sie ja darauf ein, dass es ein ganz wichtiges Mittel ist, einfach auch den Tierbestand zu senken, auch den Konsum von tierischen Produkten. Sie sprechen auch pflanzenbasiertes Fleisch an. Mich würde interessieren, welche Wege oder welche politischen Ansätze Sie da als besonders wertvoll erachten würden, um dieses Segment, auch alternative Proteine zu fördern und den Konsum auch nochmal zu unterstützen, hin zu mehr pflanzenbasierter Ernährung.

Der **Vorsitzende**: So, die Frage ging an Herrn Dr. Fuchs. Bitte schön Herr Dr. Fuchs, Sie haben das Wort.

Dr. Richard Fuchs: Ich denke insgesamt, dass es hier auch gute Möglichkeiten gibt, erstmal aufzuklären, dass wir durch Futtermittel, die wir an die Tiere verfüttern, ein großes Verlustgeschäft machen. D. h., dass wir teilweise 10, 15, 20 kg Futtermittel verwenden, um ein kg Fleisch herzustellen. Es ist klar, dass nicht alle Leute Vegetarier oder vegan sich ernähren wollen, aber ich denke dadurch, dass wir jetzt neue Möglichkeiten haben, pflanzenbasiertes Fleisch herzustellen, dass wir vielleicht einen größeren Anteil der Leute bewegen können, diesen Wechsel zu vollziehen, dass wir vielleicht zumindest suggerieren können, dass es ein Fleischprodukt ist, und dadurch sehe ich schon die Chance, dass wir mehr Leute zu einer pflanzenbasierten

Ernährung bringen. Das zweite, was ich noch anbringen möchte ist, es zeigt sich schon in Europa, dass insgesamt der Fleischkonsum zurückgeht. Sehr langsam geht er zurück. Haupttreiber ist aber auch nach wie vor immer noch der Fleischexport in den Rest der Welt und ich glaube, das ist auch ein probates Mittel daran anzusetzen, dass wir vielleicht auch versuchen, den Export insbesondere nach China einzudämmen. Auf der anderen Seite muss man wiederum auch sagen, wir haben durchaus wiederum sehr effiziente Systeme. Die Frage ist dann wieder nach den Verlagerungseffekten. Wo fängt China an, dieses Fleisch herzuholen aus dem Rest der Welt und sind diese Systeme effizienter, als wir es hier machen?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir fahren fort in der Runde. Das Wort hat die (Fraktion der) FDP, Kollege Bodtke bitte schön.

Abg. **Ingo Bodtke** (FDP): Herzlichen Dank. Ehe ich mich an Herrn Minhoff (BVE) wende, muss ich doch als Fleischer mit Verwunderung davon mal meine Erklärung abgeben, dass ich nicht verstehe, dass man von pflanzenbasiertem Fleisch redet, dessen möchte ich mich doch verwehren. Aber jetzt zu meiner Frage, zu meinem nächsten Thema. In vielen Bereichen der Landwirtschaft sind zunehmend neue Berichtspflichten und Dokumentationsleistungen der Betriebe verlangt. Dabei geht es vorrangig um Berichte zu Nachhaltigkeitsleistung der Betriebe. Dabei halte ich es für wichtig, dass keine unnötigen Lebensmittelverluste durch den zunehmenden Bürokratieaufwand entstehen. Deshalb meine Frage: Welche Probleme sehen Sie als Sprecher der Ernährungsbranche, diese Pflichten zu erfüllen? Und wo sind die Grenzen des Machbaren und Vernünftigen?

Der **Vorsitzende**: So, die Frage ging an Herrn Minhoff (BVE). Bitte schön. Sie haben das Wort.

Christoph Minhoff (BVE): Vielen Dank für die Frage. Ja, es gibt eine Reihe von Berichtspflichten. Die kann ich gar nicht alle aufzählen, aber die Klagen der Unternehmen über diese Berichtspflicht nehmen zu, die steigende Bürokratie und es kommen ja immer Neue dazu, und ich möchte nicht über die Sinnhaftigkeit der einzelnen Berichtspflichten an dieser Stelle debattieren. Manches ist davon sehr



sinnvoll, anderes vielleicht auch nicht. Aber es kommen, wie gesagt, immer Neue dazu, z. B. gerade ja nicht vor allzu langer Zeit das Lieferketten-sorgfaltsgesetz, und da zeigt sich, dass eben trotz der Beschränkung des Geltungsbereichs, der ja extra eingeführt wurde, es eben dann doch dazu kommt, dass die Verantwortung dann einfach nach unten weiter delegiert wird. D. h., man ist davon ausgegangen, dass bestimmte Unternehmen in einer bestimmten Betriebsgröße in der Lage sind, solche Berichtspflichten problemlos zu erbringen. Das ist mehr oder minder gelungen, aber die Frage ist, kann eben die vor allen Dingen klein- und mittelständisch organisierte Lebensmittelindustrie, was ich ja vorhin schon erwähnte, können die diese bürokratischen Pflichten noch erfüllen. Und da würden uns einige, ja, wie soll ich sagen, Erleichterungen helfen oder Unterstützungen des Staates helfen, beispielsweise, indem man so etwas wie sichere Herkunftsländer definieren würde, von denen man davon ausgeht, dass dort die entsprechenden Pflichten erfüllt sind. Oder aber uns würde helfen, wenn es öffentlich zugängliche vertrauenswürdige Informationen zu Menschenrechtslagen in den Ländern gäbe, Risikoanalysen, das würde Vieles den Unternehmen erleichtern, und es fehlen noch eine ganze Reihe von staatlichen Auskünften, Aussagen über Selbstauskünfte. Wie sollen die sein? Über Audits, vor allen Dingen über Zertifizierung? Da ist noch viel zu tun. Wir glauben insgesamt, dass mit weniger Bürokratie mehr Zeit ist, um den Unternehmen ein nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und das Wort hat wieder die (Fraktion der) FDP. Kollege Bodtke, bitte schön.

Abg. **Ingo Bodtke** (FDP): Ich komme nochmal zu den Reduzierungen von Lebensmittelverlusten. An dieser Stelle möchte ich die umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine und die Belieferung der Tafeln durch den Lebensmittelhandel ausdrücklich lobend erwähnen. Welche Möglichkeiten hat der Lebensmittelhandel, um die Lebensmittelverluste noch weiter zu reduzieren? Wie stehen Sie zu den vom Agrarministerium aktuell geforderten Reduktionsvorgaben für Lebensmittelabfälle von 50 Prozent? Sind solche starren Reduktionsziele tatsächlich realisierbar?

Der Vorsitzende: So, die Frage ging wieder an Herrn Minhoff (BVE). Bitte schön Herr Minhoff.

Christoph Minhoff (BVE): Dazu muss man erst mal festhalten, dass ja schon sehr viel passiert ist in der jüngeren Vergangenheit vor allen Dingen von den Handelsunternehmen, auch was die Logistik angeht, was Angebote zu bestimmten Uhrzeiten angeht und, und, und. Die interne Verteilung ist besser gelaufen, es passiert sehr, sehr viel, aber trotzdem kommt es zu den Verlusten. Die Frage ist, welche Verluste, von welchen Verlusten sprechen wir hier am Ende und da gibt es durchaus unterschiedliche Auffassungen darüber, was man denn als Lebensmittelabfälle am Ende dann auch definieren kann. Wir halten die derzeit gängige Definition für nicht wirklich realitätsnah. Das bezieht sich beispielsweise auf Nebenprodukte, die entstehen, wie Knochen, Haut und Schuppen und andere Dinge, die zu Lebensmittelabfällen gezählt werden, aber leider in der Regel jedenfalls selten konsumiert werden. Wir erhoffen uns, da einen Schritt uns entgegen zu kommen, denn dann wird es auch sicherlich möglich sein, eine noch mehr, und noch besser die vermeidbaren Lebensmittelverluste zu reduzieren. Ich möchte aber auch betonen, dass es sehr oft Zielkonflikte gibt, wo man die Wirtschaft am Ende vor eine Aufgabe stellt, die nur schwer zu lösen ist. Wir sollen auf der einen Seite die Verluste reduzieren, man will aber auf der anderen Seite die Verpackung reduzieren. Man will auf der einen Seite gerne kleinere Einheiten haben für Single-Haushalte. Man will aber auf der anderen Seite weniger Verpackung haben. Die Zielkonflikte, die sich da ergeben, sind manchmal schier unlösbar. Eine Lösung von Seiten der Politik wäre hilfreich. Dann wüssten wir, mehr Verpackung, weniger Sicherheit, weniger Verluste. Was ist das Ziel? Dann könnten wir entsprechend auch agieren. Was ein weiterer Zielkonflikt ist, das ist völlig klar, je nachhaltiger die Industrie wird, und sie wird es, wir sind sehr weit in diesem Bereich, waren einer der ersten Industrien, die hier die Nachhaltigkeitsziele auch formuliert haben, zusammen mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Ich glaube, dass wir da eine ganz gute Bilanz vorlegen können. Klar ist aber, dass, je effizienter wir werden und je weniger es zu Verlusten kommt, umso weniger wird am Ende übrig bleiben auch für diejenigen, die bisher davon profitiert haben, dass es zu



sozusagen Lebensmittelverlusten gekommen ist, das sind vor allen Dingen die Tafeln. Und da muss man einfach festhalten, es wird die Politik nicht umhinkommen, dieses Problem, dieses ökonomische Problem für einen Teil der Gesellschaft anders zu lösen, als darauf zu hoffen, dass es weiterhin ausreichend vermeidbare Lebensmittelverluste gibt.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Das Wort hat wiederum die (Fraktion der) FDP, Du hast noch ... Okay, gut. Also. Sorry, tut mir leid. Dann fahren wir weiter mit der (Fraktion der) AfD und da stehen fünf Minuten zur Verfügung. Die hatten in der ersten Runde eine Punktlandung. Und das Wort hat Kollege Schattner.

Abg. Bernd Schattner (AfD): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Frage geht nochmal an die Frau Pezda. In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie, dass Sie in Ihrem Betrieb auch eine Direktvermarktung betreiben. Mit welchen Problematiken werden Sie da aktuell mit den aktuellen Gesetzen tagtäglich konfrontiert? Und wäre das ein Betriebszweig, der auch ausbaufähig wäre, um die Wertschöpfung vor Ort zu stärken? Und ganz allgemein gefragt: Wie sehen Sie gerade auch in Bezug auf Ihre Betriebe die Zukunftschancen im Bereich der Tierhaltung? Wie nachhaltig können Sie hier planen und wirtschaften?

Der Vorsitzende: So, die Frage ging an Frau Pezda. Bitte schön Frau Pezda, Sie haben das Wort.

Kerstin Pezda: Danke, Herr Schattner für die Frage. Das Thema Regionalität wurde ja einige Male schon angesprochen. Hier spreche ich aus der Praxis. Wir haben tatsächlich 22 Mitarbeiter, die nur in der Regionalität arbeiten, also in unserer Direktvermarktung. Wir haben unsere Schweine auf Stroh und unsere Rinder auf Stroh, die ziehen wir selber auf. Die können an die frische Luft, die können sich auch drinnen aufhalten. Wir gehen auf die regionalen Wochenmärkte, wir verwerten die Sachen alle selber, wie unsere Lebensmittel. Die gehen durch den Imbiss und werden sogar, die werden nicht weggeschmissen, so wie es hier oft auch erwähnt wurde, sondern es ist teilweise so, dass wir die Lebensmittel durch unsere Wertschöpfungskette, der Imbiss, der ganz zum Schluss kommt, der kann das

einmal durch die urige Einweck-Methode, die können das wieder wettmachen und diese Wegwerfgeschichte auch Tafel und so weiter und was hier alles so angebracht wurde, das haben wir bei uns überhaupt nicht, das ist *round about* ein rundes System. Es funktioniert sehr gut. Das Problem, was wir haben, ist die hohe Bürokratisierung, die immer mehr zunimmt. Wir würden diesen Standort, den wir da haben, in der Direktvermarktung, den würde ich gerne so halten wie er ist, den würde ich auch nicht ausbauen wollen, denn so, wie er ist, ist er gut. Ich brauche nicht mehr Tiere für das, was ich da habe. Aber ich würde es gern halten wollen. Um das halten zu wollen, brauche ich halt auch eine ordentliche Lohnpolitik. Ich brauche eine Abschaffung der Bürokratisierung. Ich muss auch planen können in die Zukunft hinaus, dass ich sage, Mensch ich würde mich gern noch mal trauen, einen Hofladen hinten anzubauen, wo man sagt, Mensch, ich könnte ja auch die Molkereiprodukte, wir haben ja auch eine Milchproduktion bei uns, einmal mit verarbeiten und da anfangen, Käse, es wird ja alles gebraucht. Seit Corona Einzug gehalten hat vor zwei Jahren, 2020 fing das, meine ich an, hat man das gemerkt, verstärkt haben die Leute wieder, also tatsächlich sind aufs Land gekommen, zu uns in die Region und haben die Sachen direkt aus einer Fleischerei geholt. Das ist zu Freuden von uns gewesen und wir haben uns auch getraut, einen kleinen Hofladen mit anzubauen und es wurde sehr gut angenommen. Und ich möchte das gern eigentlich so halten und auch versuchen aufzubauen, mit unseren beiden Betrieben. Dasselbe haben wir auch mit der Gänsemast versucht und da sind wir auch sehr gut dabei. Wie gesagt, auch da haben wir einen traditionellen Weg gefunden. Wir tragen da auch zu einer Weihnachtsgans bei. Und das ist auch eine Nahrungsmittelversorgung. Die Tiere gehen auch auf eine Weidemast, auf eine ländliche. Das ist ein rundes System, das wäre toll, wenn wir das einfach so weiter halten können, und wir die 22 Mitarbeiter, die gebunden sind an diesem System, dass die weiterhin dort arbeiten können. Die Mindestlohnpolitik wollte ich einfach auch nochmal in diesem Zusammenhang erwähnen. Gemüsebau war so ein Thema, das ist nicht nur der Gemüsebau, der davon betroffen ist, sondern auch wir als Agrarbetriebe und auch die Direktvermarktung vor allem, sind sehr stark getrof-



fen worden. Innerhalb von drei Monaten mussten wir einen Lohnanstieg je Stunde von 1,55 Euro hernehmen. Auch für diejenigen, die nicht vom Mindestlohn betroffen waren. Ich muss ja das Gleichstellungsprinzip anwenden. Und auch da mussten wir den Lohn anheben. Und wenn ich das einmal über unsere 80 Mitarbeiter, die wir bei den beiden Agrarbetrieben hier angestellt haben, rechne, sind wir bei 25 000 Euro, die auf einmal da sein mussten. Das ist ein zusätzlicher Faktor, mit dem man nicht rechnet, da haben wir keine Rückstellung für so was. Es ist völlig normal. Die Frage ist ja auch nicht, dass die Mitarbeiter nicht das es nicht verdient hätten. Das ist ja gar nicht die Frage, aber ich muss es ja auch irgendwo hernehmen, wir als Geschäftsführung sind damit belastet und wissen eigentlich gar nicht, wird unser Betrieb auch in Zukunft bestehen? Können wir das noch erwirtschaften? Wo wollen wir das hernehmen? Genau dasselbe Problem haben wir bei den Milch- und den Getreidepreisen. Da haben wir auch keine Preisgarantie, das ist genau dieselbe Problematik. Und aus diesen Gesichtspunkten heraus haben wir dieses Inflationsproblematik im Lebensmittelbereich, die ist natürlich selbsterklärend. Unausweichliche Folgen sind für Niedrigverdiener, dass diese sich keine qualitativen, hochwertigen Grundnahrungsmittel mehr leisten können in Zukunft. Jetzt möchte ich auch gerne auf die Nutztierhaltung kommen, die ist natürlich existenzbedroht. Also in Deutschland trägt sie noch zu einem Selbstversorgungsgrad wie Milch und Fleisch bei. Doch das Problem in unserer Politik ist auch, dass wir eine mangelnde Planungssicherheit haben. Wir würden wahrscheinlich viele neue Landwirte, viele junge Landwirte sich gern einen kleinen Bauernhof, das, was wir wollen, kleine Regionalität, es müssen ja keine großen Betriebe sein, ein kleiner regionaler Bauer, der sich, der anfängt mit Humus und solchen Sachen und die wirtschaften auch. Die tragen dann zur Ökologie und ökonomisch dazu bei, aber die trauen sich einfach auch nicht, dieses Paket aufzuladen. Wir brauchen Planungssicherheit. Wir haben ein schlechtes Image in der Landwirtschaft. Diesen Strukturbruch, den möchte ich jetzt auch einmal noch erwähnen, der ist da. Ja. Aber man kann nicht von heute auf morgen von den Landwirten erwarten, wir fangen jetzt an mit einem schönen Stallbau, ja, weil wir Tierwohl wollen. Die Tiere müssen dieses und jenes und welches, aber es muss diese Planungssicherheit da sein. Wenn ein junger

Landwirt von 16 Jahren von seinem Vater gefragt wird, Mensch, wirst du diesen Hof übernehmen oder wirst du es nicht, oder soll ich den jetzt einstampfen? Dann wird der 16-jährige Junge vor eine Entscheidung gestellt, das kann er eigentlich noch gar nicht. Und der Landwirt, der diesen Hof führt, der wird dann sagen, es ist vorbei, wir lassen das jetzt einfach. Um einfach noch mal, ich möchte gerne noch zum Schluss sagen, ich sehe, ich bin schon über der Zeit, aber ich möchte einfach noch ein Fazit aussprechen von dem, was ich hier auch heute mitgebracht habe. Wir würden uns einfach als Landwirte freuen, wenn wir von der Gesellschaft mehr Wertschätzung für den überhaupt wichtigsten Beruf erwarten können. Wir Landwirte gehen unsere Berufung aus Überzeugung nach. Wir sind ausgebildet, haben studiert. Wir haben sogar teilweise promoviert. Wir sind morgens die ersten im Land. Wir kümmern uns um Tiere und Flächen und die Produktion der Grundnahrungsmittel. Wir sorgen für das Füllen der Regale in kleinen Bäckereien, aber auch in den Supermärkten durch die Veredelung unserer Grundnahrungsmittel mit einer Diversität, die zu einem breiten Nahrungsmittelangebot und das 365 Tage rund um die Uhr. Landwirte können vieles und müssen auch sehr vieles. Wir brauchen keine Ideologie. Ich bin gleich fertig. Gebt uns einfach nur klare Ansagen und eine klare Richtung. Ich danke für Ihr Zuhören und ich hoffe, dass ich mit meinen Ausführungen einige Denkanstöße mitgebracht habe.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Ich weiß wohl auch, dass, wenn Sie sich auf den Weg machen hierher, um zur Anhörung zu kommen, tut mir es immer in der Seele weh, wenn ich Sie auf die Zeit hinweisen muss. Mir würde es anders auch nicht anders gehen an Ihrer Stelle. Man möchte einfach auch seine Botschaft anbringen. Gleichwohl ist es meine Pflicht als Vorsitzender, auch ein bisschen zu nivellieren, dass die verteilten Redezeiten eingehalten werden. Und da bitte ich einfach auch für mich um Nachsicht. So, aber jetzt kommen wir zum Abschluss in der zweiten Runde. Und das Wort hat die Fraktion DIE LINKE., Kollegin Latendorf bitte schön.

Abg. Ina Latendorf (DIE LINKE.): Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich habe noch eine Abschlussfrage für Herrn Christian Ufen (ZVG), selbst ja auch Kohlbauer oder Gemüsebauer und nicht nur für



den ZVG hier. Welche Wünsche haben Sie an die Rahmenbedingungen, die die Politik setzen muss hinsichtlich Bürokratie, Abnehmer, GAP? Wir haben über so viele Dinge gesprochen, aber vielleicht können Sie dazu einen Abschlusssatz sagen in der Minute.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Die Frage ging an Herrn Ufen (ZVG). Bitte schön, Sie haben das Wort.

Christian Ufen (ZVG): Grundsätzlich deutlich weniger Dokumentationsaufwand und weniger Dirigismus für die einzelnen Gärtner und Bauern, denn oftmals führen diese Dinge, egal wo sie sich ausgedacht worden sind, dann vor Ort nicht zu den entsprechenden Ergebnissen. Ganz konkretes Beispiel. Ich bin Kohlanbauer aus Dithmarschen. Bei der neuen GAP ist es jetzt so, dass wir zu einem jährlichen Fruchtwechsel, ich will nicht sagen gedrängt werden, aber doch dazu hingeführt werden. Vor Ort stellt sich die Sache etwas anders dar. Marschböden eignen sich bis zu einem gewissen Grad für eine gewisse Monokultur-Führung, ich will nicht sagen außerordentlich, aber es führt dann zu Dingen, dass wir sehr gerne zwei, drei Jahre in Folge Kohlgemüse angebaut haben, um dann dementsprechend eine längere Pause gemacht zu haben mit anderen Kulturen. Das hat sich in den letzten 40 Jahren an und für sich für uns als die bessere Vorge-

hensweise gezeigt. Jetzt kommt die andere Vorgabe und die ist in dem Teil nicht so ganz clever, weil unsere Kultur räumt teilweise erst im November. Und wenn Sie dann noch im Winter-Getreide ausbringen wollen, dann ist das an und für sich aus landwirtschaftlicher Sicht nicht besonders sinnvoll. Das nur so als Beispiel, also da weniger Dirigismus, mehr Freiheit für die einzelnen Gärtner und Bauern vor Ort. Das würde uns schon helfen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: So, vielen Dank. Das war eine Punktlandung. Und damit sind wir am Ende unserer Frage- und Antwortrunde. Ich darf Ihnen ganz herzlich für Ihre konstruktive Mitarbeit bei der Anhörung danken. Ich gehe davon aus, dass die sehr stark auch zum Erkenntniszugewinn unserer Abgeordneten im Ausschuss beigetragen hat. Die Beratungen zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel "Nahrungsmittelversorgung sicherstellen - Selbstversorgungsgrad in Deutschland und Europa halten" auf der BT-Drs. 20/5215 werden in einer der nächsten nichtöffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft fortgesetzt. Danach wird dieser Ausschuss dem Plenum seine Beschlussempfehlung und seinen Bericht vorlegen. Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme. Die Anhörung ist geschlossen.